

# der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 4/2022



**Übergabe von Info-Tafeln in der „Stasi-Zentrale.  
Campus für Demokratie“ und im Lichtenberger Stadtgebiet**

**Tagung „Geraubte Heimat“ Aktion „Ungeziefer“ 70 Jahre Zwangsaussiedlung**

**Der 17. Juni 1953 – Vorgeschichte und Bedeutung**

### Aktuell

- 3 Übergabe von Info-Tafeln in der „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“ und im Lichtenberger Stadtgebiet
- 7 Ausstellung „Die Kunst der Gesellschaft“
- 21 Veranstaltungsreihe „Zukunftswerkstatt Einheit. Hoffnungen – Veränderungen – Perspektiven“

### Recht

- 4 Ein DDR-Behördenfehler mit bösen Folgen für den Erben
- 5 Doppelte Geschichte im Brennpunkt des Rechtsstaates

### Aufarbeitung

- 8 Auf Grenzlandtour durch die Prignitz

### International

- 11 Vielleicht können uns Gegenstände etwas über die jüngste Vergangenheit offenbaren...
- 13 Verbotene Musik in der Zeit des Kommunismus

### Berichte

- 14 Gegenveranstaltung zum Ostermarsch „STOPPT RUSSISCHE KRIEGE“
- 16 Tagung „Geraubte Heimat“  
Aktion „Ungeziefer“ 70 Jahre Zwangsaussiedlung

### Geschichte

- 19 Der 17. Juni 1953 – Vorgeschichte und Bedeutung
- 21 Der Krieg in der Ukraine – eine Zeitenwende?

### Verbände

- 22 Nachruf: Sächsische Landesbeauftragte würdigt Historiker Manfred Wilke
- 22 Stiftung Berliner Mauer trauert um Professor Dr. Manfred Wilke

### Service/Bücher

- 23 Der eigenartige Genosse Enrico Berlinguer

### Umschlagbild

Ausstellungsraum in der Gedenkstätte ehemaliger Grenzübergang Marienborn. Das Foto vermittelt die Kälte des SED-Systems gegen all Jene, die als Feinde markiert wurden.

Foto: Pietzsch

## Editorial

# Die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft trauert um Prof. Dr. Manfred Wilke

Am 25. April 2022 hat uns leider die traurige Nachricht erreicht, dass Manfred Wilke am 22. April 2022 im Alter von 80 Jahren verstorben ist. Wilke war als Soziologe und Zeithistoriker einer der Köpfe der deutschen Kommunismusforschung.

Einen Großteil seines wissenschaftlichen Tuns widmete er der Geschichte der deutschen Teilung und der Aufarbeitung des SED-Unrechts. Schon sehr früh hat er sich in seiner wissenschaftlichen Arbeit mit dem Kommunismus auseinandergesetzt. Doch beschäftigte er sich nicht nur als Forscher mit der Geschichte des Realsozialismus, sondern auch als aktiver Unterstützer osteuropäischer Dissidenten. Durch seine persönlichen Kontakte zu ostdeutschen und mittelosteuropäischen Oppositionellen, darunter Jan Pauer, Robert Havemann, Jürgen Fuchs und Wolf Biermann, verstärkte sich sein politisches Engagement für Dissidenten in der DDR, in der Tschechoslowakei und in Polen. Vor dem Hintergrund der Biermann-Ausbürgerung 1976 und der Verhaftung des DDR-Schriftstellers Jürgen Fuchs gründete Wilke gemeinsam mit Hannes Schwenger, Otto Schily u.a. das „Schutzkomitee Freiheit und Sozialismus“, das sich für die Verhafteten und deren Freilassung einsetzte. Das Komitee war die erste linke Organisation im gewerkschaftlichen Milieu. Sein Engagement für Jürgen Fuchs, Wolf Biermann und Robert Havemann war für die Opposition im Osten wichtig, weil nun im Westen darüber gesprochen wurde und er jenen Dissidenten, die die DDR mundtot machen wollte, eine Stim-

me gab. Viele der Ausgereisten und Ausgebürgerten suchten zunächst Schutz bei der Familie Wilke, nachdem sie die DDR verlassen hatten. So schien es folgerichtig, dass die CDU, deren Mitglied er 1998 wurde, Wilke in Gremien entsandte, die sich um die Aufarbeitung der SED-Diktatur kümmern sollte. 1992 war er Mitbegründer des „Forschungsverbundes SED-Staat“ an der Freien Universität Berlin und von 1996 bis 2006 dessen Leiter.

Parallel dazu gehörte Manfred Wilke beiden Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages zur Aufarbeitung des SED-Unrechts an und hat dort Meilensteine gesetzt. Sein grenzenloses Engagement gegen jede Form antidemokratischen Denkens setzte er neben Podiumsdiskussionen auch in zahlreichen Gremien von Institutionen der DDR-Aufarbeitung fort, u.a. in der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Gedenkstätte Hohenschönhausen, der Gedenkstätte Bautzen, der Stiftung Berliner Mauer und im Beirat des Beauftragten für die Stasi-Unterlagen.

Wir bedanken uns bei Manfred Wilke und werden ihn vermissen.

Dieter Dombrowski,  
Bundesvorsitzender der Union der  
Opferverbände Kommunistischer  
Gewaltherrschaft

Dem schließt sich die Redaktion an.  
Dr. Henning Pietzsch

## Aufruf zum Gedenken an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953

Liebe Kameradinnen, liebe Kameraden, auch in diesem Jahr wollen wir wieder des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 gedenken.

Am Freitag, den 17. Juni 2022 um 09.30 Uhr findet die Gedenkveranstaltung der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. mit dem Bezirksamt Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf, am Steinplatz in Berlin statt.

Wir alle sind aufgerufen, an dieser Veranstaltung teilzunehmen und die Opfer zu ehren.

Der Veranstalter ist die Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.

Der Bundesvorstand

# Übergabe von Info-Tafeln in der „Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie“ und im Lichtenberger Stadtgebiet

Kooperationsprojekt mit Informationen zur Geschichte, zur heutigen Nutzung und zu vertiefenden Angeboten.

Ein neues Informations- und Leitsystem mit Geschichtstafeln ist heute in der Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie und im Stadtgebiet von Lichtenberg in Betrieb gegangen. Dazu gehören 21 digitale und analoge Tafeln im Innenhof der ehemaligen Stasi-Zentrale, im umliegenden Straßenraum sowie am benachbarten Roedeliusplatz. Die Tafeln geben einen Überblick über die Geschichte des Areals, bieten Informationen zur heutigen Nutzung der Gebäude und erleichtern die Orientierung auf dem großen Gelände. Das Projekt ist eine Kooperation des Stasi-Unterlagen-Archivs im Bundesarchiv (BArch), des Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB) und des Bezirks Berlin-Lichtenberg. Die vorläufigen Gesamtkosten belaufen sich auf ca. 438.000 Euro. Die Laufzeit des Projekts betrug rund zwei Jahre. Die Erarbeitung der Inhalte auf den Tafeln wurde durch zivilgesellschaftliche Vereine unterstützt. Das System wird ergänzt durch einen Online-Rundgang, der über QR-Codes vor Ort abrufbar ist.

„Mit dem Wegeleitsystem ist ein wichtiger nächster Schritt in der Entwicklung der ‚Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie‘ getan“, erklärt Alexandra Titze, Vizepräsidentin des Bundesarchivs. „Es macht das Gelände für Besuchende erfahrbarer und es zeigt eine weitere Stärke des Campus: Die Zusammenarbeit vieler verschiedener Akteure aus Land, Bund und Zivilgesellschaft.“

„Ein so politisch besetzter Ort muss in seiner Besonderheit erhalten und für Menschen sichtbar gemacht werden“, so Berlins Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, Andreas Geisel. „Es geht hier um zentrale Fragen der Stadtplanung, der Kultur- und Erinnerungspolitik. Ich möchte, dass möglichst viel von der bau- und zeitgeschichtlichen Substanz genutzt werden kann. Orte wie der ‚Campus für Demokratie‘ haben nationale Bedeutung. Ihn zu gestalten, ist eine städtebaulich und baukulturell anspruchsvolle Aufgabe. Aus diesem Grund habe ich entschieden, den laufenden Bebauungsplan auf die Landesebene zu

ziehen und von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen weiter bearbeiten zu lassen.“

Katrin Budde, Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien, sagte: „Bei der Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes wurde der Auftrag der Vermittlung des besonderen Charakters und Symbolwerts der Stasi-Unterlagen am historischen Ort berücksichtigt. Der Campus für Demokratie, dieser wichtige Ort der Erinnerungskultur bekommt die Aufmerksamkeit und die Achtung, die er verdient. Das neue Informations- und Leitsystem, welches heute vorgestellt wird, ist ein wichtiger Schritt, um noch mehr Besucherinnen und Besucher herzulocken.“

Der Berliner Beauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Tom Sello, freut sich über den Abschluss des Projekts: „Die neuen Informationstafeln erleichtern den Zugang zur besonderen Geschichte des Ortes und den vielfältigen Angeboten vor Ort. Sie zeigen das große Potential des Areals als Erinnerungsort und lebendiges Zentrum in Lichtenberg. Deshalb gilt es in einer gemeinsamen Anstrengung von Berlin und Bund, die Entwicklung des Campus für Demokratie energisch voranzubringen.“

Bezirksbürgermeister Michael Grunst sagte: „Der ‚Campus für Demokratie‘ muss noch stärker ein Ort werden, der über Diktatur und Widerstand aufklärt und für Demokratie und die europäische Idee wirbt. Mit dem Info-Tafeln wird ein weiterer Schritt getan, damit der ‚Campus für Demokratie‘ in der öffentlichen Wahrnehmung sichtbar wird. Die Tafeln sind Ergebnis eines breiten Beteiligungsprozesses. Ich danke allen, die sich daran beteiligt haben.“

Die Eröffnung fand gemeinsam mit Projektbeteiligten vor dem Besucherzentrum des Campus für Demokratie statt.

Zum Hintergrund: Ziel des Leitsystems ist es, allen, die das Gelände besuchen, eine gute Orientierung zu bieten, auf aktuelle Angebote hinzuweisen und die Bedeu-

tung des historischen Ortes kompakt zu vermitteln. Bereits 1945 hatte die Sowjetische Militäradministration rund um den Roedeliusplatz einzelne Gebäude beschlagnahmt und sie für ihren Unterdrückungsapparat genutzt. Ab 1950 organisierte auf dem rund sieben Hektar großen Gelände eine stetig wachsende Zahl an Stasi - Mitarbeitern (zuletzt fast 7.000) vom Hauptsitz des Ministeriums für Staatssicherheit aus die Überwachung und Unterdrückung der DDR-Bevölkerung. Durch seine zweifache Repressionsgeschichte vermittelt das Gelände mit vielen Dutzend Gebäuden eindrucksvoll die Mechanismen von Diktaturen. Zudem ist das Gelände ein wichtiger Ort der Friedlichen Revolution und deutscher Demokratieggeschichte. Im Januar 1990 drangen ostdeutsche Demonstranten in die Zentrale der DDR-Geheimpolizei ein und entrissen der SED endgültig ihr wichtigstes Machtinstrument. Die Öffnung der Stasi-Akten wurde nach monatelangen Diskussionen durch eine Besetzung des Archivs der Staatssicherheit im September 1990 entscheidend befördert.

Berliner Beauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (BAB)  
Franz-Jacob-Str. 4 B, 10369 Berlin  
[www.aufarbeitung-berlin.de](http://www.aufarbeitung-berlin.de)

## Korrekturen zur Ausgabe 3/22:

In Ausgabe Nummer 3/2022 S.4 ist uns bedauerlicherweise ein Fehler bei der Höhe der Einkommensrichtwerte in Bezug auf die Stiftungsleistungen unterlaufen. Diese betragen momentan noch für Alleinstehende (nicht Alleinerziehende) 1200,00 Euro und für eine Bedarfsgemeinschaft aus zwei Personen 1640,00 Euro.

Bildunterzeile S. 5: hier ist Günter und nicht Jürgen Litfin im Portrait.

Spendernamen Umschlagseite:  
Klothilde Baier, Heinz Assig

# Ein DDR-Behördenfehler mit bösen Folgen für den Erben

Ein Opfer der Bodenreform hadert immer noch mit einer Niederlage vor Gericht. Und alles, weil er in den 1970er-Jahren vom damaligen Rat des Kreises getäuscht wurde?

Das Urteil des Verwaltungsgerichts Greifswald datiert auf den 22. Januar 1996, und es liegt heute, nach mehr als 26 Jahren, Gerhard Bolinski immer noch schwer im Magen. Auf 13 Seiten Juristendeutsch ist festgehalten, dass er gerade gegen das Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen den Kürzeren gezogen hat.

Im „Namen des Volkes“ begründet das Gericht darin, warum Bolinski knapp elf Hektar Feld, Wald und Wiese auch weiter nicht sein Eigen nennen darf, obwohl sein Vater die Ländereien in der Nähe von Gültz bei Altentreptow Ende der 1940er Jahre im Zuge der Bodenreform erhalten hatte. Die Niederlage hat ein Preisetikett: 3244,61 D-Mark an Gerichtskosten musste Bolinski 1996 zahlen.

## Flächen gingen an die LPG

Seine Familie hatte es nach dem Krieg aus der Nähe von Königsberg (heute Kaliningrad) nach mehreren Zwischenstationen in den kleinen Ort verschlagen. Sein Vater hatte gehört, dass Neusiedler dort Flächen erhalten können, um ihre Familie zu ernähren. „Er wollte sich auch nicht mehr als Knecht verdingen müssen“, erinnert sich der 84-Jährige an die Beweggründe seines Vaters. Das eigene Land habe für ihn als Kind viel Arbeit mit sich gebracht. „Nach der Schule ging es immer zuerst aufs Feld. Abends war dann Zeit für Hausaufgaben“, erinnert er sich an harte Jahre.

Gerhard Bolinski biss sich durch, studierte in Rostock Landwirtschaft und landete schließlich als einer der jüngsten LPG-Vorsitzenden wieder in seinem Heimatort. „Ich selbst war Mitglied ohne Land.“ Die Flächen aus der Bodenreform hatte sein Vater zuvor in die Produktionsgenossenschaft eingebracht. „Freiwillig. Das war damals eben so“, erinnert er sich.

## Vater überschreibt Sohn Eigentum

Die Familie wohnte in einem kleinen Siedlerhaus auf einer der Flächen. Im August 1973 wird der Grundstein für

den heutigen Ärger gelegt. Vater Bolinski überschreibt aus Altersgründen sein komplettes Eigentum aus der „Bodenreformwirtschaft“ seinem Sohn, nunmehr Abteilungsleiter in der LPG. Hintergrund ist die Familienplanung: Gerhard Bolinski ist inzwischen verheiratet und zweifacher Vater. „Wir wollten unser Haus mit einem Anbau etwas vergrößern“, erzählt Bolinski. Er benötigte das verbrieft Eigentum als Sicherheit für einen Bankkredit, der schließlich auch gewährt wurde. „Mit dem Bau hatten wir danach voll zu tun. Wir waren zufrieden.“

## Böse Überraschung nach der Wende

Nach der Wende dann der Schock. Bolinski stellt beim Amt für offene Vermögensfragen den Antrag auf Rückübertragung der Bodenreformflächen. Das ließen Einigungsvertrag und Rechtsprechung zu, weil das Eigentum an den einstmals eingebrachten Feldern, Wiesen und Wäldern bei den Neusiedlern geblieben war. Davon hätte als Erbe vielleicht auch Bolinski profitiert, wenn er als Eigentümer im Grundbuch stehen würde. Doch dort ist eingetragen, dass 1973 die Flächen mit Ausnahme des Hausgrundstücks in die „Rechtsträgerschaft“ der LPG Gültz überschrieben wurden. „Das war eine böse Überraschung“, sagt Bolinski. Es sei 1973 von seinem Vater vorgesehen gewesen, sämtliche Flächen an ihn zu überschreiben. Als Beweis dafür hütet er den Antrag an den Rat des Kreises Altentreptow für diesen Schritt wie seinen Augapfel. „Zu DDR-Zeiten war nicht so wichtig, wem der Boden gehörte“, berichtet er. „Wir haben nicht richtig aufgepasst, weil wir mit Haus und Arbeit voll beschäftigt waren“, blickt er heute zurück.

## Ein Leben für die Landwirtschaft

Den entscheidenden Fehler jedoch habe damals „gewollt oder ungewollt“ der Rat des Kreises als zuständige Behörde gemacht, weil gegen den schriftlichen Willen des Vaters nur ein kleiner Teil des Eigentums auf ihn überschrieben worden sei. „Meine Eltern und ich haben für die Landwirtschaft gelebt“, beschreibt er die bis heute reichende emotionale Bindung an die Flächen. Bolinskis verboglicher Rechtsstreit zieht sich über sechs Jahre. Das Verwaltungsgericht kann in seiner Urteilsbegründung nicht erkennen, dass etwa durch „unlautere Machenschaften“ gegen Rechtsvor-

schriften der DDR verstoßen worden sei. „Ich habe sicherlich den Fehler gemacht, nicht genug darauf zu achten“, räumt Bolinski ein. Warum aber werde ein offensichtlicher Behördenfehler als weniger schwerwiegend eingestuft als sein eigener, fragt er sich verärgert. „Wenn es nur einen Lichtblick gäbe, würde ich um meine Flächen weiter kämpfen“, sagt Gerhard Bolinski.

## Der lange Schatten der Bodenreform

Auch mehr als 70 Jahre nach der Aktion „Junkerland in Bauernland“ in der damaligen sowjetischen Besatzungszone wühlt der Verlust von Ackerflächen viele Menschen auf. Dabei handelt es sich vielfach um die Erben der einstigen Eigentümer. Viele Betroffene, die sich beim Nordkurier gemeldet haben, möchten gern Klarheit. Sowohl zu DDR-Zeiten als auch nach der Wende verlor sich manche Spur zum rechtmäßigen Besitz. Gerichte urteilten zu Lasten der Erben.

In Brandenburg sucht unterdessen das Finanzministerium auf Druck des Landtags nach bisher unbekanntem Erben von Bodenreformflächen. Dort hatte sich nach der Wende der Staat widerrechtlich als Eigentümer eintragen lassen. Eigens bestimmte Ansprechpartner sollen jetzt klären, ob die Flächen an die rechtmäßigen Erben zurückgegeben werden können.

Mehr Informationen unter [www.mdfe.brandenburg.de](http://www.mdfe.brandenburg.de)

In Mecklenburg-Vorpommern ist die regierungseigene Landgesellschaft in Leezen der Ansprechpartner für Fragen zur Bodenreform. Nach eigenem Bekunden hat die Landesregierung sich in MV nicht in Größenordnungen als Eigentümer für das Land unbekannter Erben eintragen lassen.

Auf freundlichen Hinweis von ARE-Team, i.A. Frau E. Schütz, ARE-Zentrum, Westendstr. 14a, 34305 Niederstein  
E-Mail: [info@are-org.de](mailto:info@are-org.de)  
Homepage: [www.are-org.de](http://www.are-org.de)  
Facebook: <https://www.facebook.com/are.planitz>

Autor: Jörg Spreemann,  
Erstveröffentlichung am 23.04.2022,  
Quelle: Nordkurier

# Doppelte Geschichte im Brennpunkt des Rechtsstaates – Rechtsfolgen zur Entschädigung in der SBZ/DDR enteigneter ehemaliger NSDAP-Mitglieder

## Ein sich über drei politische Epochen erstreckendes Beispiel Deutscher Rechtsgeschichte

Mein Großvater, Rudolf Groß, wurde am 25. April 1895 in Grünstädtel/Erzgebirge als ältestes von fünf Kindern geboren. Nachdem er seine Schulzeit und eine Ausbildung zum Schlosser in seinem Geburtsort absolviert hatte, hat er zunächst gemeinsam mit seiner Ehefrau und später mit seinem jüngsten Bruder, Walter Groß, neben seiner Tätigkeit als Schlosser an den Abenden und an den Wochenenden eine eigene metallverarbeitende Firma aufgebaut. Gemeinsam mit ihren Mitarbeitern produzierten sie Gegenstände des häuslichen Bedarfs (Ölkännchen, Tortenspritzen etc). Beide Brüder hatten sowohl zu ihren Mitarbeitern wie auch zu den Ortsbewohnern ein gutes Verhältnis.

Als die Nationalsozialistische Zeit anbrach, wurde Rudolf Groß von Ortsbewohnern darum gebeten, den von den Nationalsozialisten geforderten Posten eines „Propagandaleiters“ zu übernehmen. Originalton: „Rud mach Du dass, Du richtest den geringsten Schaden an.“ Wie sein nachfolgend dargelegtes Schicksal belegt, wurde ihm das - die „Postenannahme“ – später zum Verhängnis. Mein Großvater war zugleich zu 1/2 Anteil Miteigentümer an der Firma Gebrüder Groß OHG in Grünstädtel, Kreis Schwarzenberg. Nach Ende des zweiten Weltkriegs wurde mein Großvater als Nazi (Propagandaleiter) denunziert und in Folge vom KGB vom 18.09.1945 bis zum 05.08.1948 inhaftiert.

**Auf eine Anfrage meines Ehemanns bezüglich weiterer Erkenntnisse (hierzu) heißt es in einem Antwortschreiben der Dokumentationsstätte „Stiftung Sächsischer Gedenkstätten“ vom 21.06.2000 u.a., Zitat:** „Über den Großvater Ihrer Frau ist hier nur eine Karteikarte des KGB vorhanden (...). Danach ist er mit dem Haftgrund „Propagandaleiter, führender Mitarbeiter der faschistischen Partei“ am 18.09.1945 inhaftiert und am 05.08.1948 wieder entlassen worden. [...] Sein Schicksal von ihm ist durchaus als typisch einzuordnen. Sie haben inso-

fern noch Glück gehabt, als Sie offenbar über eine Rehabilitierung verfügen. [...] Mit der Rehabilitierung hat die damalige Besatzungsmacht (...) den Vorwurf „Naziaktivist“ zurückgewiesen und damit die Verhaftung als unrechtmäßig eingestuft. Herr Groß ist damit unschuldig festgehalten worden. [...] Einen historisch kausalen Zusammenhang gibt es allerdings. Denn nicht zuletzt eine Inhaftierung wurde von deutscher Seite als Grund angenommen, um den Besitz der Inhaftierten nach Befehl 124 von der Besatzungsmacht in die Sequesterlisten aufnehmen zu lassen. Dies wiederum hatte nicht das NKWD zu verantworten, sondern die für Sequestrierung zuständige SMAD- Behörde. Insofern kann von der Militärstaatsanwaltschaft kein Bescheid kommen, der die Enteignung als Maßnahme aufhebt. [...]“ Zitat Ende.

**In einem Protokoll vom 29.04.1946 heißt es sodann (auch), Zitat:** „Die Kommission zur Durchführung des Befehls Nr. 97 und zur Vorbereitung des Volksentscheides über die Enteignung von Naziverbrechern beschließt vorzuschlagen, nachfolgendes Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft entschädigungslos zu Gunsten des Bundeslandes Sachsen zu enteignen. Firma Gebr. Groß, Grünstädtel/Erzgeb. Anteil Rudolf Gross, Grünstädtel/Erzgeb.“

**Begründung:** Der Bruder vom Mitinhaber des Walter Groß, Rudolf Groß, geb. am 25.04.1895 in Grünstädtel, war seit 01.11.1932 Mitglied der NSDAP und als Propagandaleiter in Grünstädtel tätig. Zur Zeit ist Rudolf Groß in Haft.

[...] Es wird deshalb vorgeschlagen, Rudolf Groß zu enteignen und aus dem Betrieb zu entfernen.“ Zitat Ende.

**In einer Mitteilung an die Firma Gebrüder Groß vom 01.07.1948 heißt es, Zitat:** „Die Enteignung Ihres auf Grund des Befehls Nr.124 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland vom 30.10.1945 beschlagnahmten Betriebsvermögens der Firma Gebrüder Groß, Grünstädtel – Anteil Rudolf Groß – ist durch den Befehl Nr.64 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutsch-

land vom 17.04.1948 bestätigt und damit rechtskräftig geworden.“ Zitat Ende.

**Das Sächsische Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen teilt mir in einem Schreiben vom 20.02.1995 mit, Zitat:** „Grundlage der enteignenden Maßnahme waren die Befehle Nr.124 vom 30.10.1945 und Nr.64 vom 17.04.1948 der Sowjetischen Militäradministration.“ Zitat Ende.

**Die Landesdirektion Sachsen teilt mir mit Schreiben 08.07.2019 im Restitutions-Verfahren nach dem AusglLeistG mit, Zitat:** „Es wurde insbesondere festgestellt, dass die verfahrensgegenständlichen Vermögenswerte auf der Grundlage der Befehle der Sowjetischen Militäradministration Nr.124 vom 30.10.1945 und Nr.64 vom 17.04.1948 beschlagnahmt und enteignet worden waren.“ Zitat Ende.

**Im Ablehnungsbeschluss vom 18.11.2002 (Aktenzeichen BSRH602/01) der Rehabilitierungskammer des Landgerichts Chemnitz zu meinem Rehabilitierungsantrag vom 01.12.2001 heißt es u.a., Zitat:** „Durch Beschluss der deutschen Wirtschaftskommission vom 31.03.1948 (Az.: S 9/48) wurde der Anteil des Betroffenen am ehemaligen Unternehmen Gebrüder Groß OHG durch Aufnahme in die als Liste A bezeichnete Anlage zum Beschluss S 9/48 Liste A, Land Sachsen, Kreis Aue /Schwarzenberg, Position 35 eingezogen. Die Einziehung erfolgte auf der Grundlage der Befehle 124 und 64 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland. [...] Der zulässige Rehabilitierungsantrag ist nicht begründet.“

Nach §1 Abs.1 des Gesetzes über die Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgung im Beitrittsgebiet findet eine Rehabilitierung nur statt, wenn Strafverfolgungsmaßnahmen eines deutschen Gerichts in der Zeit vom 08.05.1945 bis 02.10.1990 mit wesentlichen Grundsetzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbar sind.

Diese Voraussetzungen sind im vorliegenden Fall nicht gegeben. Bei der



Entscheidung der Deutschen Wirtschaftskommission vom 31.03.1948 handelt es sich nicht um eine Strafverfolgungsmaßnahme i.S.d. §1 StrRehaG. Dies gilt selbst dann, wenn der „Konfiskationsmaßnahme“ der Deutschen Wirtschaftskommission Befehle der sowjetischen Besatzungsmacht zugrunde lagen, die auf eine Bestrafung von Naziverbrechern abzielte. Letztlich handelt es sich jedoch bei diesen Beschlüssen der Deutschen Wirtschaftskommission um souveräne Entscheidungen deutscher Einrichtungen. Sie dienten vorrangig nicht der Bestrafung von „Naziaktivisten und Kriegsverbrecher“, sondern zielten darauf ab, die kommunistische Umgestaltung Mitteldeutschlands auf verwaltungsrechtlicher Grundlage durchzuführen. Insofern handelte es sich um Verwaltungsentscheidungen, die nicht dem strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz unterfallen. Die Kammer verkennt nicht, dass die Entscheidung der Deutschen Wirtschaftskommission vom 31.03.1948 den Betroffenen ganz massiv in seinem Recht verletzt hat.“ Zitat Ende.

**In einer Stellungnahme vom 08.07.1948 des (ehemaligen) Betriebsrats, Max Hübschmann, der Firma Gebrüder Groß OHG, heißt es, Zitat:** „Seit dem Jahre 1938 arbeite ich als Metallarbeiter in dem Betrieb der Firma Gebrüder Gross Metallwarenfabrik, Grünstädtel. In den letzten Jahren war ich Betriebsrat und bin das auch heute noch. Ich bin Mitglied des FDGB. In all den Jahren meiner Tätigkeit habe ich immer das beste Verhältnis der beiden Inhaber, Rudolf und Walter Gross, zu allen Arbeitern und Arbeiterinnen feststellen können. Ausländer sind weder vor noch während des Krieges im Betrieb beschäftigt worden. Der Betrieb hat sich auch vor 1939 an der Aufrüstung in keiner Weise beteiligt. Erst im Jahre 1944 musste der Betrieb auf Aufforderung des Rüstungskommandos, Chemnitz, Kriegsmaterial herstellen und zwar, Teile zu Gasmasken, Teile zur Panzerfaust und Wälzlagerlinge. Das geschah aber trotz wiederholter Aufforderung nur in ganz beschränktem Umfang.“

Meine beiden Chefs, die tatkräftig von allem Anfang an selbst praktisch im Betrieb mit tätig waren und den ersten Weltkrieg miterlebt hatten, waren von Anfang an gegen den Krieg. Sie haben das auch wiederholt offen zum Ausdruck gebracht. Der Belegschaft ist daher die Beschlagnahme und Enteignung des Betriebes vollkommen unverständlich. Sie ist auch

von der Bekanntgabe hinsichtlich der Enteignung vollkommen überrascht worden.“ Zitat Ende.

**In einem Bescheid der Landesdirektion Sachsen vom 23.08.2019 nach dem Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz heißt es u.a., Zitat:** „Mit bestandskräftigem Bescheid des Sächsischen Landesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen vom 05.06.1996 wurden u.a. die Vermögensrechtlichen Anträge der Antragstellerinnen zu 3. und 4. (meine Schwester und ich) [...] auf Rückübertragung der Metallwarenfabrik Gebr. Groß OHG in 08352 Grünstädtel und der Flurstücke 16 und 68a, [...] abgelehnt. Die Ablehnung wurde mit dem Vorliegen des Ausschlussgrundes gemäß §1 Abs. 8 Buchstabe a des Gesetzes zur Regelung offener Vermögensfragen [...] begründet.“

Es wurde insbesondere festgestellt, dass die verfahrensgegenständlichen Vermögenswerte auf Grundlage der Befehle der Sowjetischen Militäradministration Nr.124 vom 30.10.1945 und Nr.64 vom 17. 04.1948 sowie des sog. Volksentscheidgesetzes vom 30.06.1946 beschlagnahmt und enteignet worden waren.

Hinsichtlich des Ausschlussgrundes der Unwürdigkeit des Geschädigten, wurden beim Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen, Bundesarchiv, Hauptarchiv Dresden, Sächsisches Staatsarchiv Chemnitz und Kreis- und Verwaltungsarchiv des Landratsamtes Erzgebirge Ermittlungen angestellt.

Zu Herrn Rudolf Groß konnte eine NSDAP- Gaukarteikarte ermittelt werden. Nach der dieser am 01.11.1932 in die NSDAP eingetreten war (Mitgliedsnr.:1376389). Er gehörte zu den sog. „Alten Kämpfern“ und übte in Grünstädtel die Funktion eines Propagandaleiters aus. Nach protokollierten Zeugenaussagen in der Verhandlung vor der Entnazifizierungskommission vom 03.03.1948 hatte Herr Rudolf Groß nie jemand ermahnt oder aufgefordert, der NSDAP beizutreten. Es konnte jeder grüßen wie er wollte. Er habe „seinen Posten nicht aktiv ausgeübt, auch keine großen Propagandareden gehalten, sondern gab nur die Einleitungen zu Veranstaltungen. [...] Die Beteiligung von Herrn Rudolf Groß an der Metallwarenfabrik Gebr. Groß OHG in 08352 Grünstädtel und seine hälftigen Miteigentumsanteilen an den Flurstücken 16

und 68a [...] wurden auf der Grundlage der Befehle der Sowjetischen Militäradministration Nr.124 vom 30.10.1945 und Nr.64 vom 17.04.1948 sowie des sog. Volksentscheidgesetzes vom 30.06.1946 beschlagnahmt und entschädigungslos enteignet.“

Es wurde nachgewiesen, dass die Antragsteller/innen Erbeserben nach Herrn Rudolf Groß sind. Ausschlussgründe gemäß §1 Abs. 4 AusglLeistG, wonach Leistungen nach diesem Gesetz nicht gewährt werden, wenn der nach den Ansätzen 1 und 2 Berechtigte oder derjenige, von dem er seine Rechte ableitet, oder das enteignete Unternehmen gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen, in schwerwiegendem Maße seine Stellung zum eigenen Vorteil oder zum Nachteil anderer missbraucht oder dem nationalsozialistischen oder kommunistischen System in der sowjetisch besetzten Zone oder der Deutschen Demokratischen Republik erheblichen Vorschub geleistet hat, sind nicht ersichtlich.

Nach der Gesetzesbegründung zu §1 Abs.4 AusglLeistG sollten die Hauptverantwortlichen für die Unrechtssysteme von einer Ausgleichsleistung ausgeschlossen werden. Der von dieser Regelung geforderte qualifizierte Nutzen für das nationalsozialistische System kann nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts nicht allein aus der bloßen Mitgliedschaft in der NSDAP hergeleitet werden. Ebenso reichen ehrenamtliche oder nach geordnete Parteifunktionen auf Kreisebene als solche für die Annahme eines erheblichen Vorschubleistens zu Gunsten des nationalsozialistischen Systems nicht aus.

Rudolf Groß übte die Funktion eines Propagandaleiters ehrenamtlich auf Ortsebene, also unterhalb der Kreisebene aus. Grünstädtel hatte zu dieser Zeit rund 1000 Einwohner und war nach heutigen Maßstäben eine Landgemeinde. Nach den Zeugenaussagen im Entnazifizierungsverfahren nahm Herr Groß die Funktion eher nominell wahr. So soll er den Posten nicht ausgeübt und selber keine Reden gehalten, sondern nur die Einleitung zu Veranstaltungen gegeben haben. Die Erheblichkeitsschwelle eines nicht ganz unbedeutenden Nutzens des Systems im Sinne des AusglLeistG, erscheint nach Umfang und Bedeutung der Tätigkeit von Herrn Groß somit nicht überschritten worden zu sein. Die durchgeführten Ermittlungen haben darüber hinaus keine anderen Anhalts-

punkte ergeben, die den Vorwurf eines erheblichen Vorschubleistens rechtfertigen würden. [...] Nachweise dafür, dass bei der Teileproduktion in der Gebr. Groß OHG Zwangsarbeiter bzw. KZ- Häftlinge eingesetzt wurden, liegen nicht vor.“ Zitat Ende.

### Zusammenfassung/Bewertung

Sämtliche, am Fall Rudolf Groß beteiligte Behörden unseres „Rechtsstaates“ Bundesrepublik Deutschland kommen zu der übereinstimmenden „Erkenntnis“, dass das Vermögen von Rudolf Groß auf der Grundlage der SMAD-Befehle Nr.124 und Nr.64 enteignet wurde!

Aus der Stringenz ergibt sich zudem eindeutig, dass auf das Vermögen von Rudolf Groß wegen seiner „NSDAP-Vergangenheit/Mitgliedschaft bzw. Funktion als „führender Mitarbeiter“ zugegriffen wurde und nicht wegen „Kommunistischer Umgestaltungsabsichten“ einer „souveränen“ Deutschen Wirtschaftskommission! Diese wäre hierzu in der SBZ auch gar nicht autorisiert gewesen! Alle „Deutschen Stellen (Behörden)“ unterstanden der Befehlsgewalt und Gesetzgebung der Sowjetischen Militäradministration.

Aber einmal unterstellt, es hätte sich bei der Deutschen Wirtschaftskommission um eine „souveräne deutsche Einrichtung“ gehandelt, dann waren dennoch – wie alle bisher beteiligten Behörden festgestellt haben – die Befehle Nr.124 und Nr.64 der sowjetischen Militäradministration die (Rechts-) Grundlage für die Enteignung. Und aus dem eindeutigen Wortlaut (den Instruktionen) der besagten Befehle bzw. deren Ausführungsbestimmungen ergibt sich nun mal eindeutig, dass damit ausschließlich „Hauptschuldige“ (Kriegs- und/oder Naziverbrecher) für ihr Handeln durch

Eigentumsentzug (Enteignung) bestraft werden sollten!

Aus dem Vorstehenden ergibt sich jedoch ebenfalls eindeutig, dass Rudolf Groß weder ein Kriegs- / noch Naziverbrecher oder ein „führender Mitarbeiter“ der NSDAP gewesen ist! Während bzw. wegen seiner Inhaftierung als „Propagandaleiter“ entstand „die Begehrlichkeit“ an seinem Vermögen. Er wurde deswegen als zu enteignen vorgeschlagen.

Bei der Enteignung des Rudolf Groß auf Grundlage der SMAD-Befehle Nr.124 und Nr.64 handelte es sich somit um eine „strafrechtliche Maßnahme, die keine gerichtliche Entscheidung war“ im Sinne des §1 Abs.2 Satz 5 des strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes! Aus den obigen Zitaten behördlicher Bescheide ergibt sich auch, dass „die Enteignung“ des Rudolf Groß durch den Befehl Nr.64 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland vom 17.04.1948 bestätigt und damit rechtskräftig wurde.“

Insofern handelte es sich bei (Enteignungs-) Entscheidungen/Beschlüssen der Deutschen Wirtschaftskommission auch nicht um souveräne Entscheidungen deutscher Einrichtungen. Vielmehr galt in der SBZ Besatzungsrecht in Form von Befehlen, an die sich alle „deutschen Einrichtungen“ zu halten hatten, bzw. denen sie unterstanden. Deutsche Einrichtungen konnten zur SBZ-Zeit nichts „souverän“ entscheiden, sie konnten allenfalls „Vorschläge“ unterbreiten, dies ergibt sich eindeutig aus „weiteren“ Befehlen der Sowjetischen Militäradministration. Es wird insofern auf alle (anderen) Befehle der Sowjetischen Militäradministration verwiesen/Bezug genommen. Wie bereits oben beschrieben wurde mein Großvater, auf Antrag meines Ehemannes

im Jahr 1996 von der Sowjetischen Militärstaatsanwaltschaft (Oberst Kopalin) rehabilitiert – er saß zu Unrecht in Haft. Trotz dieser glasklaren Sach- und Rechtslage ist es bisher nicht gelungen, dass zu Unrecht enteignete Vermögen meines Großvaters zurück zu erhalten, bzw. eine angemessene Entschädigung zu bekommen.

Alle Bemühungen meines Großvaters, sein Eigentum zurück zu bekommen, blieben erfolglos. Den Lebensunterhalt für sich und seine Familie musste er (auch in der späteren DDR) mit Hilfsarbeiten bestreiten. Den Weg zwischen seinem Wohnsitz und seinem (Hilfs-) Arbeitsplatz legte er mit einem Motorrad zurück. Nachdem er auf einer solchen Fahrt mit dem Motorrad verunglückte, verstarb mein Großvater am 13.06.1963. Ein von mir nach dem Vermögensgesetz (Verwaltungsrecht) gestellter Restitutionsantrag wurde abgewiesen.

Ein von mir gestellter Rehabilitierungsantrag (strafrechtliche Rehabilitierung) wurde ebenfalls abgewiesen. Eine Verkehrswertentschädigung – sie würde weit über eine Million Euro betragen – hat der bundesdeutsche Gesetzgeber für 1945–48er Entschädigungsfälle ausgeschlossen. Weder meinem Großvater, Rudolf Groß, seinem Sohn, Fritz Groß (mein Vater) oder mir ist es gelungen, Gerechtigkeit zu erlangen.

Als (noch lebende) Erben erhielten meine Schwester und ich nach dem Ausgleichleistungsgesetz eine Ausgleichsleistung von (insgesamt) ca. 32.000 Euro, die noch knapp zur Hälfte zu versteuern ist, weil es sich um Zinserträge handelt. Den Rest des zu Unrecht enteigneten Vermögens meines Großvaters vereinnahmt unser Staat.

Horst Nilges

## Ausstellung – „Die Kunst der Gesellschaft“

Circa 250 Gemälde und Skulpturen aus den Jahren 1900 bis 1945, unter anderem von Otto Dix, Hannah Höch, Ernst Ludwig Kirchner, Lotte Laserstein und Renée Sintenis. Die in der Ausstellung versammelten Kunstwerke reflektieren die gesellschaftlichen Prozesse einer bewegten Zeit: Reformbewegungen im Kaiserreich, Erster Weltkrieg, „Goldene“ Zwanziger Jahre der Weimarer Republik, Verfemung der Avantgarde im Nationalsozialismus sowie Zweiter Weltkrieg und Holocaust spiegeln sich in den Werken wider. Über eine reine Geschichte der Ästhetik hinaus führt die Sammlung eindrücklich den Zusammenhang von Kunst und Sozialgeschichte vor Augen. Dabei bietet der offene Grundriss der ikonischen Architektur von Mies van der Rohe vielfältige Perspektiven auf die unterschiedlichen Strömungen der Avantgarde.

Die Ausstellung wird in Berlin bis 02.06.2023 gezeigt. Ort: Neue Nationalgalerie

## Auf Grenzlandtour durch die Prignitz

Die einstige 1378 Kilometer lange deutsch-deutsche Grenze entwickelte sich in den letzten drei Jahrzehnten zu einem besonderen Gebiet, das immer mehr touristisch erschlossen wird. Viel ist zwar nicht mehr von ihr zu erkennen. Aber auch die Reste der Grenzanlagen und Erinnerungsorte haben einen hohen gesellschaftlichen Wert. Während rund um das frühere Westberlin der Mauerweg (161 Kilometer) schon lange ein Highlight ist, ziehen inzwischen die anderen Bundesländer an der einstigen innerdeutschen Grenze nach. So gibt es z.B. zwischen Thüringen und Hessen einen ganzen Katalog von Grenz-Touren.

Ich testete im Mai aber die 52 Kilometer lange Grenzlandtour im Dreiländereck Brandenburg-Niedersachsen-Sachsen-Anhalt. Pikant: Entwickelt wurde die Route vom Ehepaar **Susanne und Eduardo Figueiredo**, einer Frau aus Baden-Württemberg und einem Portugiesen, die hier ihre neue Heimat gefunden haben. Große Achtung, dass sie sich diesem Thema angenommen haben, ohne selbst vom Leid der Grenze betroffen gewesen zu sein. Die Grenzlandtour schafft man an einem Tag. Ich gönnte mir aber zwei Tage, dafür mit vielen längeren Stopps und Zwischenstationen. Die Route führt von und bis Wittenberge. Stationen diesseits und jenseits der Elbe sind Cumlosen, Lütkenwisch, Schnackenburg, Stresow, Wanzer, Pollitz und Wahrenberg. Gleich vorweg: das Elbtal ist immer eine Reise wert, vor allem im Frühjahr, wenn alles duftet, blüht und grün ist.

Susanne Figueiredo erklärt: „Während der Rhein im Westen fast überall begradigt wurde, blieb das bei der Elbe weitgehend aus.“ Die Flusslandschaft ist ein wahres Naturparadies. Ironie der Geschichte: Auch der Grenzstreifen sorgte unfreiwillig für den heutigen Zustand, obwohl man kaum noch etwas vom Ungetüm von Walter Ulbricht und Erich Honecker erkennen kann. Zwei schreckliche Zahlen erfahren wir auf der Tour: An der Grenze des niedersächsischen Wendlands zur ehemaligen DDR verloren mindestens 26 Menschen ihr Leben. Und allein im Bereich der Prignitz sind 14 Todesfälle dokumentiert. Menschen, denen man an verschiedenen Erinnerungsorten auf der Route gedenken kann.

Schon am Bahnhof Wittenberge gibt's was zu sehen. Stadtführer **Burkhard**

**Genth** erklärt: „Bei uns steht ein Waggon vom Regierungszug von Walter Ulbricht. Mit dem wurde sein russischer Tschai-ka transportiert.“ An der Elbe begrüßt uns **Hubert Finke**, vor und nach dem Mauerfall Leiter des Wasser- und Schiff-



Am Ufer der Elbe in Wittenberge Hubert Finke, früherer Chef des Wasser- und Schiffahrtsamtes

fahrtamtes: „Es gab das Gerücht, in der Elbe sei unterirdisch ein eisernes Gitter gegen Fluchten eingebuddelt gewesen. Völliger Quatsch, dann wäre keine Schifffahrt möglich gewesen.“ Finke berichtet weiter: „Mitte der 70er wurde hier in der Elbe ein selbstgebautes U-Boot von DDR-Bürgern entdeckt. Aus technischen Gründen misslang die Flucht. Einmal verlor bei uns in Wittenberge ein Westtanker seine Schiffschraube. Wir konnten sie im Hafen finden und zurückgeben. Der Kapitän wollte sich bei mir mit einer Stange Cornflakes bedanken, weil wir ja kein Westgeld annehmen durften. Doch selbst solche Geschenke waren untersagt. Nach der Wende traf ich ihn zufällig wieder. Es war uns beiden eine große Freude. Und ich bekam nun sogar eine ganze Kiste Cornflakes.“

Auf der Radtour streifen wir die Hohe Garbe, ein Aue mit großer Artenvielfalt bei Tieren und Pflanzen. Vor allem die Vogelwelt begeistert. Überall zwitschert es. Dann kommen wir zur DDR-Grenzanlage Cumlosen. Direkt hinter dem Elbdeich steht noch immer der Wachturm. Die Nebengebäude nutzt heute das Technische Hilfswerk, die uns ausnahmsweise auch beim Übersetzen über die Elbe halfen. Inzwischen dürfte aber die sanierte Fähre zwischen Lütkenwisch und Schnackenburg längst wieder in Betrieb sein. Dort und auch zuvor am Deich erinnern zwei Gedenkorte an **Hans-Georg Lemme** (1953–1974). Der 21-jährige aus Groß Breese versuchte am Abend des 19. August 1974 die Elbe in Richtung alter

Bundesrepublik zu durchschwimmen. Ein Patrouillenboot der DDR-Grenztruppe überfuhr ihn, weil er seine Flucht nicht aufgeben wollte. Er wurde dabei getötet und erst Tage später in der Elbe treibend entdeckt. Den Fundort am Elbdeich markiert heute ein Gedenkstein mit einer Schiffschraube. Der kleine Platz an der erwähnten Fähre wurde nach dem jungen Mann benannt. Dazu wurde ein Stück Grenzzaun und eine große Informationstafel mit Fotos errichtet. Darauf steht: „Die an der Tat beteiligten DDR-Grenzer gingen nach dem Mauerfall straffrei aus. Das Landgericht Schwerin vermochte die Tötungsabsicht nicht nachzuweisen.“

Gegenüber auf der westlichen Seite der Elbe liegt mit Schnackenburg (300 Einwohner) die kleinste Stadt Niedersachsens mit einer ungewöhnlichen Entwicklung. Bis zum Mauerfall ein florierendes Städtchen, das vom Schiffsverkehr zwischen Hamburg und Berlin prächtig lebte – mit Bäcker, Fleischer, Supermarkt, Gaststätte, Hotel. Nichts davon gibt es mehr. „Wir hier im Westen sind große Wendeverlierer“, sagt die kesse Stadtführerin **Karin Teschner**. Immerhin kann man in der alten Schule einfach und naturnah übernachten. Aber man machte aus der Not eine Tugend und schuf mit dem Grenzlandmuseum einen neuen Anziehungspunkt. Der pensionierte Westzöllner **Ulrich Bethge** (1968–1990 hier Beamter) führt uns durch das dreistöckige historische Gebäude. Erschütternd die



Ex-BRD-Zöllner Ulrich Bethge im Grenzlandmuseum vor einer Wand mit sowjetischen Kalaschnikows

Selbstschussanlage. Die Dauerausstellung zeigt neben Uniformen, Ausrüstungsgegenständen, Waffen und Fahrzeugen auch zahlreiche Grenzdokumente und Fotografien sowie Zeitzeugenberichte. Vor der Tür wurde ein altes DDR-Grenzboot an Land gehievt. Mit einem derartigen Schiff wurde Hans-Georg Lemme getöt-



Gästeführer Jürgen Starck im Gedenkort für den zwangsausgesiedelten Ort Stresow. Hier wurden die Grenzanlagen nachgebaut und 16 Eichen für die 16 plattgemachte Gehöfte gepflanzt



Der frühere Waggon von Walter Ulbricht für seinen Tschaika am Bahnhof von Wittenberge



DDR-Grenzauto „Trabant“ im Museum Schnackenburg



DDR-Grenzboot von der Elbe. Mit so einem Boot wurde Lemme durch eine Schiffsschraube getötet



Schild am Elbufer in Schnackenburg zum Ende der deutschen Teilung mit dem Datum genau hier

Grenzlandmuseum Schnackenburg



Der Grenzturn Cumlosen am Elbdeich



Gedenkstein Stresow



DDR-Gewehr, Munition und Minen, im Grenzland-Museum Schnackenburg ausgestellt



Gedenktafel für Lemme am Ufer der Elbe

tet. Am Gebäude listet eine Tafel alle 26 Grenztoten der Region und die Umstände ihres Todes auf. Schicksale, die einen noch heute schaudern lassen.

Weiter geht die Tour nach Stresow, ein Dorf das es gar nicht mehr gibt. Der Grenzort hatte 16 Gehöfte. Hier lebten rund 100 Einwohner. Sie wurden zwischen 1952 und 1974 im Rahmen der SED-Aktion „Ungeziefer“ aus dem Grenzgebiet zwangsumgesiedelt. Seit 1997 erinnern am Ufer des Stresower See 16 Eichen, zwei Gedenksteine und eine nachgebaute Grenzanlage an die Vertriebenen und die Schrecken des DDR-Grenzregimes. Denn auch die Vertriebenen sind Opfer der deutschen Teilung! Solche Orte gab es nicht wenige entlang der knapp 1400 Kilometer Grenze.

Auf der vorletzten Station im Örtchen Wanzer kann man nicht nur die Bockwindmühle bestaunen und am Backhaus

leckere Pizza und frischen Kuchen essen. Der pensionierte Handwerker **Jonny Buck** zeigt uns auch unscheinbare Masten an der früheren Grenze: „Dort waren die Beleuchtungen der Grenze und Halterungen für die fast lebenslang angebandenen Grenzhunde, die immer 100 Meter Auslauf hatten und auf Menschenjagd trainiert waren.“ Für die Hunde ein elendes Leben, zumal sie bei Hochwasser stets zuletzt abgeleint wurden. Buck berichtet stolz, wie er einst die DDR-Grenzer austrickste, weil er das Gelände besser kannte. Auch erinnert er, dass man für ein Betreten des Grenzgebietes immer einen Passagierschienen benötigte. Und die Besitzer der Gehöfte mussten ein Hausbuch über alle Besuche führen. Buck: „Wehe, die Daten stimmten nicht mit denen überein, die die Grenzer übermittelt bekamen.“

Ein paar Kilometer weiter im Storchendorf Wahrenberg besteht die Möglichkeit, die

rund 20 besetzten Horste zu bewundern und beim Klappern mit der Kamera Papparazzi zu sein. Auch Schwarzstörche gibt es hier an der Elbe. An der Abfahrt- und Endstation der Tour in Wittenberge kann man sich bei zwei Anbietern sehr gute Fahrräder ausleihen. Wegen des erhöhten Elbdeichs in der freien Landschaft sind wegen der Windverhältnisse E-Bikes empfehlenswert. Auf eine Beschreibung der meisten Naturschönheiten entlang der Route wurde hier verzichtet. Sie sind ein schönes Extra. Die Radtour ist wärmstens zu empfehlen. Nicht zuletzt wegen der tollen und fachkundigen Guides: die Familie Figueiredo.

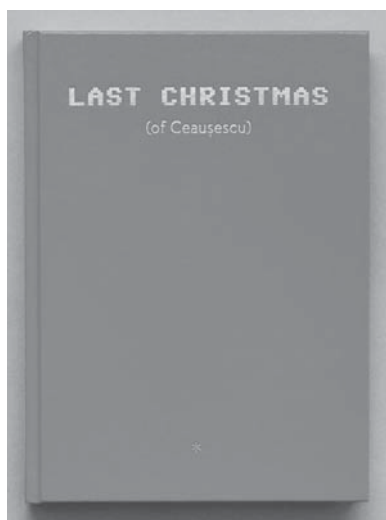
Dr. Tomas Kittan

Informationen und Anmeldungen zur Grenzlandtour:  
039386-993277 oder  
contact@elements-nature.com

# Vielleicht können uns Gegenstände etwas über die jüngste Vergangenheit offenbaren...

Ein Gespräch mit dem Fotokünstler Anton Roland Laub

Anton Roland Laub, deutscher Fotokünstler rumänischer Herkunft, verdankt den deutsch klingenden Nachnamen seinem französischen Großvater aus Saarlouis nahe Saarbrücken. Geboren wurde er in Bukarest, nach Abschluss der deutschen Schule studierte er Kommunikationswissenschaft an der Universität Bukarest. Anschließend setzte er sein Studium an der Kunsthochschule Weißensee und der Neuen Schule für Fotografie in Berlin fort. Laub hat sich an zahlreichen Ausstel-



Fotos: anton roland laub,  
<https://www.antonlaub.de>

lungen in Paris, Athen, Bukarest, Berlin und Kaunas (Litauen) beteiligt und ist in der Sammlung Buch- und Medienkunst der Staatlichen Museen zu Berlin, der Gedenkstätte Berliner Mauer und des Stadtmuseums Bukarest vertreten. Sein neuester Bildband „LAST CHRISTMAS (of Ceaușescu)“, der in der ADZ-Ausgabe vom 29.09.2021 vorgestellt wurde, ist nach „Mobile Churches/ Mobile Kirchen“ (2017) der zweite Teil seiner Rumänien-Trilogie. Sie erschien 2020 beim Kehrer Verlag, Heidelberg. Das Buch wurde im November 2021 für die Longlist des Deutschen Fotobuchpreises nominiert. Beide Bände können online bestellt oder in der Nationalbibliothek, der Bibliothek des Bukarester Goethe-Instituts oder jener der Universität Jassy/Iași durchgeblättert werden.

**Frage:** Sie haben die deutsche Schule, heute das Deutsche Goethe-Kolleg, in Bukarest besucht und Kommunikations-

wissenschaft an der Universität Bukarest studiert. Was hat Sie veranlasst, dann nach Deutschland zu gehen?

Wäre ich nicht nach Deutschland ausgewandert, so hätte ich wahrscheinlich meinen Karrierepfad nicht geändert, um Fotografie zu studieren. Es war jedoch nicht groß geplant. 2000 fanden ja die Präsidentschaftswahlen statt. Dabei hatte die Opposition komplett verloren und es gab keine eigentliche Option für mich. Dies empfand ich als eine totale Enttäuschung und antwortete sofort auf die Einladung eines guten Freundes von mir, nach Deutschland umzusiedeln. Damals war ich 26 Jahre alt und es hat sich so entwickelt, dass ich halt dort geblieben bin.

**Frage:** Haben Sie sich für das Thema der Aufarbeitung und Versöhnung mit der Vergangenheit schon während Ihrer Studienjahre in Bukarest interessiert? Haben Sie schon mal versucht, mit den Mitteln der Kommunikationsabteilung etwas in diesem Sinne zu unternehmen?

In Rumänien nicht, weil ich während der 90er Jahre studiert habe, damals waren alle Ereignisse der kommunistischen Zeit und der Revolution 1989 noch zu frisch, sozusagen. Die öffentliche Auseinandersetzung mit der jüngsten Geschichte habe ich vor allem in Deutschland beobachtet.

Und dies wird mittels Kunst auch in Rumänien versucht, wie zum Beispiel durch die Filme von Radu Jude und Cristian Mungiu. Als ich mir Mungius Film „Monate, 3 Wochen und 2 Tage“ (2007) in Bukarest ansah, war der Kinosaal fast leer.

**Frage:** Bedeutet dies, dass es hierzulande kein Interesse für eine solche Problematik gibt?

Ich bin mir dessen bewusst, dass es in meinem Heimatland ein geringes Interesse für das Zurechtkommen mit der jüngsten Geschichte gibt, vor allem wenn wir darauf schauen, dass diese in den Schulen fast gar nicht unterrichtet wird. Vor ein paar Jahren, als ich die rumänischen Geschichtsbücher fürs Lyzeum durchblättert habe, bemerkte ich, dass dem Kapitel 89er Revolution nur zwei Absätze gewidmet waren. Und dies ist extrem wenig für ein so schwerwiegendes Thema.

**Frage:** Woran liegt das Ihrer Meinung nach?

Der Grund dafür ist die Tatsache, dass die unzähligen Verbrechen des kommunistischen Regimes und die Ereignisse um die Revolution öffentlich nicht aufgearbeitet wurden. Mehr als drei Jahrzehnte danach fehlt noch immer das Urteil in diesem





Gerichtsverfahren. Deshalb wird dieses Thema in den Geschichtslehrbüchern fast gar nicht oder nicht anständig behandelt. Ich hoffe, dass der Beschluss des EU-Parlaments vom 17.12.2019, anlässlich der 30. Gedenkfeier der Revolution, die rumänischen Behörden zur Analyse der Revolutionsverbrechen antreiben wird. Der Prozess wird nun wieder aufgenommen. Dabei fasziniert mich die Absurdität der Vertagung des Verfahrens, die schon über Generationen greift und wohl zur Verjährung der Taten führen wird. Es gibt zahlreiche Familien, deren Mitglieder Todesopfer der Revolution waren. Die Täter wurden bis dato nicht ermittelt oder vor Gericht gebracht, um den Opfern gerecht zu werden.

Mich interessiert die aktuelle Perspektive auf die damaligen Ereignisse und die sogenannten Tatorte oder Trauma-Orte, die ich fotografiere und ausschnittsweise, entkontextualisiert zeige. Diese Fotos stellen Teile eines Puzzles dar, genauso wie der Prozess der Revolution figürlich einem undurchschaubaren Puzzle gleicht. [...]

## Archiv-Führungen zum Tag der offenen Tür

Öffentliche Führungen durch das Archiv der BStU, Außenstelle Dresden, Riesaer Straße 7, 01129 Dresden, finden jeden letzten Donnerstag im Monat zum Tag der offenen Tür, ab 14.30 Uhr, statt. Gruppenführungen sind nach Voranmeldung jederzeit möglich, Tel. (03 51) 25 08 34 11.

Anträge auf Akteneinsicht können zur Führung gestellt werden. Dazu wird ein Personaldokument benötigt.

**Frage:** Was offenbaren uns die Dinge und Orte?

Ein Beispiel, das Ihre Leserschaft zum Nachdenken anregen soll: Heute war ich wieder in der Privatwohnung der Ceaușescu mit meinem Fotoapparat. Dort kann man sich hinsetzen, ein Stalin-Käffchen bestellen und es eventuell genießen! So leicht wird der emotional geladene Ort verharmlost...

Die Menschen weisen auf der anderen Seite auch starke emotionale Bezüge zu einigen Dingen auf, wie zum Beispiel eine ältere Frau, die heute am Ceaușescu-Porträt mit ausgelöschtem Gesicht vom Eingang des Ausstellungssaales vorbeiging. Dieses Porträt war vor der Wende 1989 allgegenwärtig, auf der dritten Umschlagseite aller Bücher, in Unterrichtssälen und Staatsinstitutionen – überall. Die Dame erkannte das Porträt des Diktators sofort und flüsterte zu sich: „Das muss ich auch noch ertragen?!“

**Frage:** In wieweit wurden diese Trauma-Orte, die Sie fotografiert haben, mythisiert oder sogar mystifiziert?

Während des Kommunismus gab es diese Gerüchte um das Badezimmer aus Gold in der Privatwohnung der Ceaușescu. Als ich das Zimmer betrat, erinnerte ich mich sofort an das ikonische Bild der Kriegsphotografin Lee Miller, die sich in der Badewanne in Hitlers Münchener Privatwohnung fotografieren ließ. Es ist nämlich eine sehr interessante Sache, wenn man in den intimsten Ort eines Diktators eindringen darf. Auf einmal wird man mit einer Goldfälschung konfrontiert, wo man eine gewisse Banalität entdeckt!

**Frage:** Welche Bedeutung hat das Bild mit der dunklen Silhouette des Vampirs Nosferatu aus dem gleichnamigen Film (1922) von Friedrich Wilhelm Murnau in der Ausstellung?

Wenn man bedenkt, dass die Ceaușescus in dem Ort verhaftet wurden, wo früher die Hauptstadt der Walachei, der Fürstentum und die Residenz des Fürsten Vlad der Pfähler (an den die Figur des Dracula angelehnt ist) war, ist es nachvollziehbar, warum Târgoviste als ein makabrer Ort der Hinrichtung wirkt. Daher auch die Verbindung zu Nosferatu als Symbol des Vampirismus. Diese unnatürlichen Tode, die Menschen, die bei der Revolution starben und denen die rumänische Justiz nicht gerecht wurde, tragen alle zu einem ungesunden, vampirischen Verhältnis bei. Die rumänische Gesellschaft steht seit drei Jahrzehnten in einem vampirischen Verhältnis zu ihrer jüngsten Geschichte. Die gespenstische Vergangenheit der Rumänen verzehrt sie langsam-langsam. Die Lage der Gesellschaft ist dramatisch, und obwohl die Unzufriedenheit wegen dieses Unrechts ab und zu ausbricht, ist es die Pflicht der Behörden, mit der Geschichte rechtlich zurechtzukommen. Andernfalls wird das bestehende Problem von einer Generation zur anderen vererbt und der Prozess wird verjährt, um in Vergessenheit zu geraten.

**Frage:** Sie arbeiten nun am dritten Teil Ihrer Rumänien-Trilogie. Wann dürfen wir damit rechnen? Können Sie uns bitte ein paar Details darüber verraten?

Am ersten Teil, der Ausstellung Mobile Churches über die Verschiebung rumänisch-orthodoxer Kirchen hinter Wohnblocks, habe ich zwischen 2013 und 2017 gearbeitet. Last Christmas habe ich zwischen 2015 und 2020 entwickelt. Am dritten Teil arbeite ich seit 2014, und ich brauche noch eine Weile. Es ist eine schwere Geburt, sagen wir so (lächelt), aber es soll 2022 veröffentlicht werden. Genauso wie die ersten zwei Projekte, handelt auch dieses rückblickend von Bukarest und einem absurden Moment in der Geschichte der rumänischen Hauptstadt.

Wir bedanken uns für das interessante Gespräch und wünschen Ihnen auch weiterhin viel Erfolg!

Autor Cristiana Scărlătescu,  
Erstveröffentlichung am 02.02.2022  
in Allgemeine Deutsche Zeitung für  
Rumänien.

# Verbotene Musik in der Zeit des Kommunismus

Lehrveranstaltung und Ausstellungseröffnung über Verfolgte Musiker im Kommunismus in der Amerikanischen Universität Blagoevgrad/Bulgarien

Am 14.04.2022 fand im Hörsaal der Skaptopara Hall der Amerikanischen Universität Blagoevgrad in Bulgarien eine Vorlesung zu verfolgten Musikern in der Zeit des Kommunismus statt. Gastgeber der Veranstaltung waren Frau Prof. Evelina Kelbecheva, Lektorin für jüngere bulgarische Geschichte an der Amerikanischen Universität in Blagoevgrad und die Belene Island Foundation – ein bulgarischer Geschichtsverein, der sich der Erinnerungsarbeit um das ehemalige Arbeitslager Belene auf der Donauinsel widmet.

Vor der Veranstaltung wurde die Bannerausstellung Remember Music, der Belene Island Foundation im Foyer des Lesesaals der Universität eröffnet. Die Ausstellung ist Teil eines von der Europäischen Union und der Maximilian-Kolbe-Stiftung geförderten Projektes, das an verfolgte Musiker aus Kroatien, Rumänien, Bulgarien, Albanien und der DDR in der Zeit des Kommunismus in Europa erinnert. Die deutschen Beiträge zur Ausstellung beinhalteten Informationen zu dem in Südost-Europa unbekanntem Liedermacher Stephan Krawczyk und dem ehemaligen KGB-Gefängnis Potsdam. Die Informationen hierzu kamen vom Menschenrechtszentrum Cottbus e.V. und der D-BG-Elterninitiative e.V. Um die Ausstellung auch einem internationalen Kreis zu präsentieren, wurde sie in die englische Sprache übersetzt.

Der bulgarische Blues-Musiker Vasko Krapkata erinnerte in einem kurzen musikalischen Beitrag daran, dass das öffentliche Spielen von Blues Musik in Bulgarien, im Gegensatz zur DDR, bis zum Fall des Eisernen Vorhangs verboten war. Viele Musiker aller Musikstile, die sich nicht an die Vorgaben der Parteiführung gehalten haben, sind jahrelang in Bulgarien in Arbeitslager eingesperrt worden. Im Anschluss stellte er dem Auditorium die Frage, warum werden in Berlin am ehemaligen Grenzübergang Checkpoint Charlie Mauerstücke als Souvenir an Touristen verkauft, obwohl die Berliner Mauer doch Inbegriff eines mörderischen Bauwerks gewesen ist. Es wäre doch auch verboten, Stücke von Gebäuden aus Konzentrationslagern des Nationalsozialismus zu verkaufen. Auch verstehe er nicht, dass in Deutschland das Verkaufen und Handeln von Uniformen der Sowjetarmee und der Nationalen Volksarmee nicht verboten ist. Damit wird einer Verharmlosung der Verbrechen der Zeit des Kommunismus Vorschub geleistet.



Der bulgarische Bluesmusiker Vasko Krapkata

Frau Professor Kelbecheva informierte die Studenten, dass es in Bulgarien immer noch keine Museen gibt, die sich der Zeit des Kommunismus widmen. Und auch der bulgarische Staat stellt nach wie vor keine Mittel für eine Aufarbeitung der Zeit des Kommunismus zur Verfügung.

Deshalb sind Veranstaltungen, wie die in der Amerikanischen Universität Blagoevgrad wichtig, damit die Verbrechen des Kommunismus in Bulgarien nicht vergessen werden.

Ulf Georgiew



Der bulgarische Blues-Musiker Vasko – Band vor Bannern der Ausstellung: Verbotene Musik während der Zeit des Kommunismus



Krapkata und Prof. Evelina Kelbecheva

## Gegenveranstaltung zum Ostermarsch „STOPPT RUSSISCHE KRIEGE“, Karsamstag 16. April 2022

Am Karsamstag, 16.04.2022, fand auf dem Berliner Bebelplatz eine Gegendemonstration zum traditionellen Ostermarsch statt unter dem Motto „Stoppt russische Kriege“. Veranstalter waren u.a. die Allianz Ukrainischer Organisationen und Vitsche Berlin. Einer der Redner war der Dokumentarfilmregisseur **Marcus Welsch**. Sein Redemanuskript hat er uns freundlicherweise zur Veröffentlichung zur Verfügung gestellt. Seine tatsächlich gehaltene Rede wich an manchen Stellen vom Manuskript ab. Weitere Redner kamen aus Georgien, Syrien, Belarus und der Ukraine. Der bittere Vorwurf aus diesen Ländern an Deutschland lautete: „Warum habt ihr uns nicht zugehört!“

„Wir treffen uns an diesem Tag, weil uns alle die Überzeugung eint, für die Befreiung der Ukraine von diesem Vernichtungskrieg Russlands einzutreten. Wenn ich hier spreche, denke an meine Freunde in Kharkiv, die jede Nacht in die Luftschutzbunker rennen müssen, an die Musiker dort, die in der Metro oder vor den Trümmern ihrer Studios zu Konzerten auftreten und speziell an meinen Freund und seine Familie, dessen Vater all die Tage in Mariupol ausharren musste - alleine mit 84 Jahren.“

Wir wollen, dass dieser russische Krieg so schnell wie möglich beendet wird. Dafür treten wir ein. Koste es, was es wolle. Das werden wir nicht mit Gebeten und frommen Friedensappellen hinbekommen, sondern nur mit einer noch besseren, viel umfangreicheren Zusammenarbeit aller, die diesen Wahnsinn russischer Kriegsführung stoppen wollen. Verkürzt gesagt, was braucht die Ukraine: 1. Waffen, 2. Waffen und 3. Waffen. Wie man der ukrainischen Armee in ihrer schwierigen Situation am besten helfen kann, wissen Fachleute besser.

Aus Deutschland wird nicht viel kommen, weil wir seit zwei Jahrzehnten so tun, als gäbe es keine Bedrohung aus dem Osten. Es gibt aber viel Knowhow und industrielle Kapazitäten, um weit mehr als aus den bescheidenen Bundeswehrdepots zu liefern und zu produzieren. Wenn das jetzt weiter verschleppt wird, wird man das auch in den Geschichtsbüchern wiederfinden. Und an die größte Bundestagsfraktion gerichtet: wenn Ihr immer noch nicht bereit seid, die Beendigung des Krieges so schnell wie möglich mit allem - mit allem Menschen-

möglichen - zu unterstützen, dann geht besser in die Opposition und überlasst das Schicksal Europas, das in diesem Krieg mitbestimmt wird, verantwortungsbereiteren Politikern.

Wir können diesen Krieg nur beenden, wenn alle an einem Strang ziehen. Dazu gehören selbstverständlich weitere Sanktionen, und zwar in einem Ausmaß, das den Aktionsradius des Regimes in Moskau maximalst eindämmt und es handlungsunfähig macht. Denn mit dem bestehenden Russland wird es keinen Frieden geben können.

Es ist so umso befremdlicher, dass die - nennen wir sie "alte Friedensbewegung" - heute zu einer Demonstration mit Parolen aufruft, die direkt aus der Feder des Kremls stammen könnten. Kurz: Kritik an der Nato und den östlichen Nachbarländern der EU, die diesen Schutz suchen - sowie eine Verdrehung der Kriegslogik. Wer das Recht auf Selbstverteidigung und die militärische Solidarität unserer Nachbarstaaten in der EU und der Ukraine in Abrede stellt, macht sich zum Gehilfen der zynischen Kriegspolitik Russlands. Das ist nicht hinnehmbar und von einer Arroganz geprägt, dass diese Parolen nur schwer zu ertragen sind. Ich habe nicht verstanden, warum die Veranstalter der großen Friedensdemonstrationen seit Beginn dieses Krieges die ukrainischen Sprecherinnen nicht ausführlicher reden lassen wollten bzw. diese nicht großzügiger eingeladen haben. Vermutlich würden die einfache Beschreibung dieses Krieges und die Frage, was das Leid der Ukrainer verhindert hätte, die alten Glaubenssätze dieser "Friedensbewegung" aus den Angeln heben.

Wir kommen jetzt in eine Phase des Krieges, die allen noch viel mehr abverlangt. Das betrifft in erster Linie die ukrainischen Bürger und ihre Unterstützer, die dieses Land verteidigen. Sie tun dies auf eine Art und mit einem Mut, wofür mir die Worte fehlen. Ich habe in den letzten Jahren erst auf den Reisen durch den Donbass verstanden, was diese Armee dort eigentlich leistet. Es geht schlicht um die Existenzsicherung einer friedfertigen und freiheitsliebenden Gesellschaft. Stattdessen predigt so mancher Pfarrer und "friedensbewegter" Mitbürger einen Pazifismus oder fordert auf naive Weise Verhandlungen, die es in dieser Situation schlicht nicht geben

kann. Denn warum sollte Putin in seinem Wahnsinn einfach klein beigeben, wenn er doch die Ukraine vernichten will? Gerade als Deutscher sollte einem dieser Vernichtungswille zu denken geben. Angesichts dessen ist Pazifismus schlicht Zynismus.

Ich habe mich in meiner Jugend ebenfalls für einen radikalen Pazifismus eingesetzt und ich weiß, dass es Zeit braucht, um einzusehen, dass diese naiven Forderungen in eine tödlichen Sackgasse enden können. Man kommt an dem Realitätscheck nicht vorbei: So lange grundlegende Menschenrechte nicht garantiert sind, sollte man sich die Forderungen nach einem pauschalen Pazifismus verkneifen. Ein befreundeter ukrainischer Publizist hat es auf den Punkt gebracht: Pazifismus ist eine feine Sache, wenn man in den Alpen wohnt. Aber welcher deutscher Pazifist traut sich morgen in die Region zwischen Kharkiv, Saporischja und Mariupol zu fahren, und diese Weltanschauung dort zu praktizieren?

Vermutlich fehlt uns Deutschen manchmal auch einfach die Einsicht, dass Freiheit nicht ein Automatismus ist, der einem quasi gratis bei der Geburt - mit lebenslangem Garantierrecht - zuteil wird, sondern außerhalb der sicheren Gefilde Europas oft bitter erkämpft werden muss. Gerade unsere Freunde in Belarus und in Syrien können davon erzählen. Selbstverständlich gehören dazu alle Länder, die sich mit klaren Motiven aus der Umklammerung der ehemaligen Sowjetunion und ihrem patriarchalen Machtanspruch gelöst und sehr selbstbewusst ihre Eigenständigkeit behauptet haben. Den Menschen dieser Länder gilt natürlich genauso unsere Solidarität, ganz zu schweigen von den mutigen Aktivisten in China und Hong Kong. Es wäre gut, wenn diese Mitbürger in die deutschen Talkshows genauso eingeladen würden, um von ihrer Sicht auf diese deutsche Selbstbezogenheit zu erzählen.

Unsere Aufmerksamkeit in den nächsten Wochen gehört natürlich ganz besonders den Bürgern der Ukraine, die bei uns oder in anderen Teilen Europas Sicherheit suchen - und die sich jeden Tag fragen, wie sie ihrer Familie, ihren Freunden und dem Land, dessen Existenz auf dem Spiel steht, helfen können. Ihnen muss unsere Unterstützung jetzt erst recht zuteil werden. Unterkünfte organisieren, verschämte Zweitwohnungsbesitzer ansprechen,

Nachbarschaftshilfe, Arztbesuche und Behördengänge begleiten und den besonders hilfsbedürftigen Menschen zur Seite stehen. Es gibt 100 Optionen, die jeder umsetzen kann.

Es gibt aber noch ein grundsätzlicheres Problem, auf das ich etwas ausführlicher hinweisen möchte. Als Dokumentarfilmer, der sich viel mit dem 2. Weltkrieg - auch in der Ukraine - beschäftigt hat, stolpere ich bei der alten Friedensbewegung immer wieder über ein krudes Geschichtsbild, das ausgerechnet die Länder und ihre Geschichte, in denen der deutsche NS-Krieg am meisten Opfer gekostet hat, besonders ignoriert: Das sind Polen, die Ukraine und Belarus.

Was auch immer diesen Verdrängungskomplex in Deutschland ausmacht: es rächt sich bitterlich, dass hierzulande das Wissen über die geschichtlichen Hintergründe dieser Länder sehr dünn ist. Zu der Region, die unsere größere Aufmerksamkeit verdient, gehören natürlich auch die baltischen Länder, wo man übrigens schon früh auf die Gefahr Russlands hingewiesen hat. Allein, die Warnungen aus diesen Ländern, insbesondere aus Polen - und zwar schon vor der Regentschaft der PiS - hat die deutschen Politiker kaum interessiert. Dabei hat der erste russische Angriff im hybriden Format, inklusive dem propagandistischen Aufriss auf dem Feld der Geschichte, bei den Unruhen in Tallin/Estland im April 2007 quasi als Testlauf stattgefunden. 2014 wurde im Donbass dann das gleiche Szenario im größeren Stil durchgeführt - mit den bekannten Folgen. Was mich unruhig macht: In Deutschland zeigte sich im vergangenen Sommer nur ein kleiner Kreis über die Geschichtsfälschungen in Putins Essay mit seinen kruden Thesen zur ukrainischen Geschichte

und Nation alarmiert. Jetzt weiß man, zu was so eine Weltsicht führen kann. Es würde mich allerdings wundern, wenn nicht in ein paar Wochen - mit oder ohne Querdenker - die eine oder andere Parole aus der propagandistischen Giftküche des Kremls auch hier wieder salonfähig wird. Denn das Grundübel, das bis weit in die Mitte der deutschen Gesellschaft reicht, ist schlicht die Unkenntnis und leider auch das Desinteresse an der Geschichte und den speziellen Sorgen der Länder, die in direkter Nachbarschaft zu Russland leben.

Die fatale, tödliche Achse Berlin-Moskau scheint erst einmal erledigt zu sein. Sie hat Jahre lang zu sehr die Politik Deutschlands geprägt. Auf ihr konnte der derzeitige russische Präsident gelassen seinen Krieg vorbereiten. Wenn 2022 tatsächlich eine Wende sein soll, dann nur mit einer fundamentalen Beschäftigung, was auf diesem Feld schief gelaufen ist. Das wäre die minimale Bringschuld gegenüber denen, die uns vergeblich vor dem russischen Imperialismus gewarnt haben.

Ich würde allerdings den Spieß - optimistisch gewendet - umdrehen und sagen, nie waren die Motivlagen günstiger als jetzt, sich ausgiebig mit der Kultur, der Geschichte, vor allem aber mit den vielschichtigen Bedürfnissen unserer Nachbarn neu auseinander zu setzen.

Eine letzte Beobachtung: Ich war in den letzten Wochen berührt, mit welchem Elan und welcher Entschlossenheit sich in den letzten Wochen Mitbürger aus Georgien und Belarus für Hilfstransporte und Demonstrationen zugunsten der Ukraine eingesetzt haben. Und noch etwas hat mich elektrisiert. Gleich bei den ersten Demonstrationen nach dem 24. Februar vor der russischen Botschaft habe ich viele Syrer ge-

troffen, die mir gesagt haben: Endlich habt ihr Deutschen begriffen, wie es uns ergangen ist in den Bombennächten in Aleppo und anderen Städten unserer Heimat.

Ich glaube, es ist in Deutschland vielen Leuten spät klar geworden, welches Spiel Russland tatsächlich die letzten Jahre mit der Ukraine gespielt hat. Doch es geht hier um weit mehr als um die Ukraine, wir müssen alle zusammenarbeiten - ohne Unterlass - um diese russische Katastrophe zu beenden. Handeln wir gemeinsam. Packen wir diese Herausforderung an!"

Sein Redemanuskript ist ebenfalls nachzulesen auf [workuta.de](https://www.workuta.de) unter AKTUELLES mit Eintrag vom 19.04.2022 <https://www.workuta.de/aktuelles/index.html>

Zwei weitere Texte von Marcus Welsch mit ähnlichem Thema. Darin sind etliche Literaturhinweise versehen.

1. Salonkolumnisten, hier sind die Literaturhinweise kompakt am Ende des Textes aufgeführt:

<https://www.salonkolumnisten.com/tagebuch-aus-deutschland-3-dem-despoten-die-tuere-oeffnen-oder-die-unfaehigkeit-sich-einem-konflikt-zu-stellen/>

2. taz, mit Verlinkung im Text: <https://taz.de/Ukraine-Krieg-als-Zaesur!/5834215/>

Stefan Krikowski  
Sprecher der Lagergemeinschaft Workuta  
/ GULag Sowjetunion  
Mitglied in der Union der Opferverbände  
Kommunistischer Gewaltherrschaft  
(UOKG)  
Tel.: 030 / 78 71 48 18  
E-Mail: [smkrikowski@web.de](mailto:smkrikowski@web.de)  
[www.workuta.de](http://www.workuta.de)



Impressionen von der Kundgebung,

## Tagung „Geraubte Heimat“ Aktion „Ungeziefer“ – 70 Jahre Zwangsaussiedlung an der innerdeutschen Grenze am 29./30. April 2022 im Roncalli-Haus in Magdeburg

Von einem auf den anderen Tag verloren Ende Mai 1952 Tausende Haus und Hof sowie ihre vertraute Umgebung, Familie und Freunde. Unter Vortäuschung falscher Tatsachen oder zum Schutz „vor Diversanten, Spionen, Terroristen und Saboteuren aus dem Westen“ wurden sie in grenzferne Gebiete im Landesinneren umgesiedelt. Dort waren sie bereits vorab von den Behörden als Kriminelle oder Asoziale aus dem Grenzgebiet gebrandmarkt worden. Dieser Umsiedlungs-Terror der DDR wurde bis zur Wiedervereinigung totgeschwiegen. Bekannt wurden die Maßnahmen erst nach Ende der DDR - unter dem Namen „Aktion Ungeziefer“. So hatte sie ein SED-Funktionär in einer Akte genannt. Tief sitzt der Schmerz noch 70 Jahre später bei den Überlebenden der rund 11.500 Zwangsausgesiedelten.

Die Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze, die Ende Mai 1952 im Rahmen der „Aktion Ungeziefer“ begannen, war Thema einer zweitägigen Tagung in Magdeburg, die die Union der

Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft in Kooperation mit der Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur veranstaltete.

Am ersten Tag der Tagung standen die Opfer im Mittelpunkt. Zeitzeugen, die zum Zeitpunkt der Zwangsaussiedlungen vor 70 Jahren noch Kinder waren, berichteten von ihren traumatischen Erlebnissen. In einer bewegenden Gedenkrede ließ uns Elisabeth Freyer (Vorsitzende des Vereins Opfer des Stalinismus in Thüringen) an ihrem ganz persönlichen staatlich sanktionierten Heimatverlust vor 70 Jahren teilhaben. Musikalisch begleitet wurde die Gedenkrede von Schülern des Konservatoriums Georg Philipp Telemann aus Magdeburg.

Nach den einführenden Grußworten u.a. von Martin-Michael Passauer (Bundesstiftung Aufarbeitung), Dr. Sebastian Putz (Staatssekretär für Kultur; Landesregierung Sachsen-Anhalt) und Evelyn

Zupke (Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag) schilderten Zeitzeuginnen und Zeitzeugen in einer Podiumsdiskussion ihr persönliches Vertreibungsschicksal. Aus den Schilderungen von Marie-Luise Busse, Anneliese Fleischer, Adolf Ebel und Gerd Schimpf wurde für alle im Saal spürbar: „Vertreibung ist das Schlimmste, was einem Menschen passieren kann.“ Für Anneliese Fleischer kann sogar das Wort Gerechtigkeit „aus dem Duden“ gestrichen werden.

Inge Bennewitz von der Aufarbeitungsinitiative Zwangsaussiedlung (AIZ) berichtete in ihrem Vortrag von dem schwierigen Weg der Wiedergutmachung. Vor fast genau vier Jahren hat die Aufarbeitungsinitiative in Zusammenarbeit mit der UOKG eine erneute Petition beim Deutschen Bundestag eingereicht. Beide forderten darin, eine einmalige finanzielle Zuwendung für den zu Unrecht erlittenen seelischen Schaden. Dem ging ein langer Kampf voraus, von den Versprechungen



(v.l.n.r.): Marie-Luise Tröbs (Präsidentin des Bundes des in der DDR Zwangsausgesiedelten), Katrin Budde, MdB (Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien), Evelyn Zupke (Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag), Birgit Neumann-Becker (Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur), Alexandra Titzte (Vizepräsidentin des Bundesarchivs), Inge Bennewitz (Aufarbeitungsinitiative Zwangsaussiedlungen und Beisitzerin der UOKG e.V.), Dieter Dombrowski (Bundesvorsitzender der UOKG), Elisabeth Freyer (Vorsitzende des Verbandes der Opfer des Stalinismus Thüringen), Dr. Karl-Heinz Bomberg (Psychotherapeut und Arzt)

im Einigungsvertrag über das Vermögensgesetz und die sog. SED-Unrechtsbereinigungsgesetze. Auch die letzte Novellierung der Rehabilitationsgesetz Ende 2019 sah keine Wiedergutmachung für die Opfer von Zwangsausiedlung vor. Im Juni 2021 überwies der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages die Petition der AIZ als Material an das Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz, soweit es darum geht, das Anliegen noch einmal zu überprüfen und nach Möglichkeiten der Abhilfe zu suchen, zum Beispiel im Rahmen eines Härtefallfonds.

Bis heute verweigert die Politik den Zwangsausgesiedelten die Wiederherstellung ihrer Würde. Frau Bennewitz appellierte in ihrem Vortrag nochmals ausdrücklich an die Bundesregierung, endlich das exzeptionelle Vertreibungsunrecht mit einer adäquaten Entschädigung zu würdigen. Der Härtefallfond ist im Einzelfall für bedürftige Opfer eine gute Lösung, kann aber nicht zur Wiedergutmachung einer ganzen Gruppe herangezogen werden. Gerade aufgrund des fortgeschrittenen Alters der Betroffenen kann nur eine Einmalzahlung in angemessener Höhe zur Wiedergutmachung beitragen.

Marie-Luise Tröbs, Präsidentin des Bundes der in der DDR-Zwangsausgesiedelten (BdZ), betonte in ihrem Vortrag das nachwendebedingte Folgeunrecht. Das in der DDR erlittene Unrecht hat bei den Zwangsausgesiedelten tiefe Wunden hinterlassen, auch der bisherige Umgang mit diesem DDR-Unrecht in der Bundesrepublik Deutschland. Es muss Aufgabe der Gesellschaft sein, eine entsprechende Aufarbeitung sicherzustellen sowie das folgenschwere Leid zu lindern. Deshalb darf bei der gesellschaftlichen Aufarbeitung auch nicht die finanzielle Hilfe für die Opfer außer Acht gelassen werden. In diesem Zusammenhang forderte sie die politischen Vertreter des Bundes und des Landes Sachsen-Anhalts auf, den nunmehr mehr als 30 Jahre geführten Kampf der vernachlässigten SED-Opfergruppe zu beenden und für eine angemessene Entschädigung zu sorgen.

Evelyn Zupke (Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag) wies in ihrem Vortrag deutlich auf die dringenden Handlungsbedarfe für die Opfer der SED-Diktatur in Politik und Gesellschaft hin. Viele der in ihrem ersten Bericht (Drs.20/10) aufgenommenen Handlungsbedarfe haben Eingang in den aktuellen Koalitionsvertrag der Bundesre-

gierung gefunden. Die dort aufgezeigten Gerechtigkeitslücken in den Gesetzen müssen geschlossen werden. Insbesondere dem individuellen Verfolgungsschicksal der Zwangsausgesiedelten kann damit Rechnung getragen werden, indem auch sie einen einfachen unbürokratischen Zugang zu Leistungen erhalten, vergleichbar mit den Leistungen für Zersetzungsoffer.

Im Anschluss diskutierten Betroffenenvertreter unter anderem mit der Bundesopferbeauftragten Evelyn Zupke und der Bundestagsabgeordneten Katrin Budde Probleme und Perspektiven der Wiedergutmachung. Frau Budde erinnerte an die Verbesserung für SED-Opfer, die Ende 2019 mit den Änderungen der Rehabilitierungsgesetze erreicht worden sind. Leider sind die Opfer von Zwangsausiedlung damals durch das Raster gefallen. Unter den Fachpolitikern besteht große Einigkeit, sich dem Thema Zwangsausiedlung anzunehmen. Durch eine Bundesratsinitiative, angeführt von den ostdeutschen Bundesländern, könnte es so noch in dieser Legislaturperiode beginnend ab Herbst 2022 zu einer Überarbeitung der Gesetze kommen. Frau Zupke kündigte ein gemeinsames Eckpunktetpapier mit den Landesbeauftragten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur an. Der aktuelle Koalitionsvertrag sieht eine Überarbeitung der Definition der Opfergruppen analog zu den Zersetzungsoffern vor. Ziel muss es sein, einen gesetzlich verankerten Anspruch auf Einmalzahlung über die Rehabilitierungsgesetze zu schaffen.

Der zweite Tag stand im Zeichen der Forschung aus historischer Sicht und der Traumabewältigung sowie der Gedenk- und Erinnerungskultur. Hier sollten anhand von Podiumsgesprächen und Referaten neben den Betroffenen und Interessierten insbesondere Multiplikatoren als Zielgruppe erreicht werden, um die Weitergabe des Wissens über Zwangsausiedlungen in der DDR heute und zukünftig zu sichern. Im einleitenden Podiumsgespräch sprach der Rostocker Zeithistoriker Prof. Stefan Creuzberger mit Sandra Czech (Historikerin/wissenschaftliche Mitarbeiterin der UOKG) zu den weltpolitischen Rahmenbedingungen, die letztlich zu den Grenzabriegelungen führten. So hielt Prof. Creuzberger eingangs fest, dass Stalin gesamtdeutsch und de-



Inge Bennewitz (Aufarbeitungsinitiative Zwangsausiedlungen und Beisitzerin UOKG e.V.)

mokratisch dachte und im Glauben war, mit der Besetzung Berlins eine Strahlkraft für das gesamte Deutschland zu erwirken. Dabei betonte er, dass zwar alle vier Besatzungsmächte den Begriff Demokratie verwendeten, aber Stalin diesen nicht im liberalen, sondern im sozialistischen Sinne interpretierte, und das bedeutete, es musste nur der Anschein einer Demokratie gewahrt werden. In Bezug auf die Teilung Deutschlands führte er an, dass im Potsdamer Protokoll nur die Wirtschaftseinheit, aber keine politischen Strukturen für Deutschland festgehalten wurden. Die Teilung Deutschlands zeichnete sich aber bereits durch die Sowjetisierung der SBZ/DDR ab mit Maßnahmen wie der Zwangsvereinigung der KPD und SPD zur SED und der Bodenreform mit seinen entschädigungslosen Enteignungen. Diese Maßnahmen zwangen seiner Meinung nach die noch nicht souveräne Bundesrepublik unter Adenauer, die politische und militärische Westanbindung Anfang der 50er Jahre voranzutreiben. Stalin mit Blick auf das gesamte Deutschland versuchte nun, mit der Stalin-Note vom 10. März 1952 die Bemühungen Adenauers zu unterlaufen. Prof. Creuzberger machte hier deutlich, dass die Stalin-Note ein reines Störmanöver der Sowjets und nicht als erstzunehmendes Angebot und als verpasste Chance interpretiert werden darf, wie im Osten propagiert und zumindest von einigen Gruppen im Westen angenommen und dort etliche Debatten auslöste. Hinsichtlich der Grenzabriegelung mittels der Aktion „Ungeziefer“ im Mai/Juni 1952 erklärte Prof. Creuzberger abschließend, dass diese im Vergleich zu anderen Ostblockstaaten brutalere und gravierendere Auswirkungen für die Betroffenen hatte, weil sie innerhalb ei-



ner Nation, einer kulturellen Einheit und somit zwischen regional gewachsenen Strukturen und nicht zwischen Nationen vorgenommen wurde.

Mehrere Fachvorträge von Rainer Potratz (Historiker) und Dr. Anke Geier (wissenschaftliche Mitarbeiterin ThLA) vertieften Einzelaspekte der Zwangsaussiedlungen von 1952.

Mit Errichtung einer fünf Kilometer breiten Sperrzone erließ die SED-Regierung die Anweisung der Polizeiverordnung vom 26. Mai 1952, die Zone „von feindlichen, verdächtigen und kriminellen Elementen“ zu säubern. Weg mussten alle, die „eine Gefährdung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung darstellten“, lautete die Direktive, wie die Wissenschaftliche Mitarbeiterin Frau Anke Geier in der Behörde Thüringer Landesbeauftragter zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (ThLA) dem Publikum verdeutlichte. Ins Visier gerieten „Grenzgänger“, „Schieber“ und „Politisch Unzuverlässige“, „Verwandte im Westen“ und deren Familienangehörige (Sippenhaft). Zur Kategorie „Ungeziefer“ gehörten auch Vorbestrafte, Ausländer, Arbeitslose, Prostituierte. Kurzum: „minderwertige Subjekte“ im Stasi-Jargon. Die lokalen Behörden/Kreiskommissionen trafen ihre Auswahl auf Basis von Registrierlisten und stützten sich dabei auf Spitzelberichte, Gerüchte und Verleumdungen. Eine endgültige Bestätigung erfolgte durch operative Organisationen, den sog. Verfolgerbehörden vor Ort. Insgesamt wurde in der DDR aus 23 Grenzkreisen ausgesiedelt.

Der Historiker Rainer Potratz skizzierte die Maßnahmen, die das Politbüro nach Anweisung Stalins ab Mai 1952 umsetzte. Der Fokus lag hierbei, auf dem am 26. Mai 1952 verordneten Grenzregime, die die Regierung der DDR auf sowjetischen Befehl hin als besondere Demarkationslinie der DDR zu den westlichen Besatzungszonen geschaffen hatte. In der Folge führte dies zur Abschaffung der Länder, der Bildung von Bezirken, der Kollektivierung der Landwirtschaft, dem Aufbau einer freiwilligen Armee und der Stärkung der SED im Staatsapparat.

Im Anschluss zeigte der Journalist Sven Stephan Ausschnitte der eindrucksvollen und zugleich bewegenden MDR-Dokumentation vom 22. September 2020 „Aktion Ungeziefer, vertrieben in der DDR“. Einige der im Film zu Wort kommenden Zeitzeuginnen und Zeitzeugen aus der Altmark waren Gäste unserer Tagung. Die Dokumentation soll in naher Zukunft wieder in der Mediathek des MDR zu sehen sein.

Der Psychotherapeut und Arzt Dr. Karl-Heinz Bomberg behandelte das schwierige Thema der Bedeutung einer angemessenen Entschädigung für die Traumabewältigung bei Opfern von politischer Gewalt. Die Aufarbeitung einer politischen Traumatisierung bezeichnete Dr. Bomberg als sehr individuellen Prozess, der immer in starker Abhängigkeit zur Person und seinem Umfeld steht. Der Verlust von Heimat und der damit verbundene überwältigende Trennungsschmerz bündeln eine Vielzahl von

Schmerzsituationen. Die Individuelle Therapie ist oft allein nicht ausreichend. Es bedarf einer gesellschaftlichen Anerkennung und Entschädigung, um die Würde der Betroffenen wiederherzustellen. Gesundheitliche Folgeschäden wie zum Beispiel PTBS, Depressionen und körperliche Erkrankungen bedürfen der Anerkennung eines Schädigungsgrades nach dem Versorgungsgesetz.

Den Abschluss der Tagung bildeten Beiträge zu den Perspektiven der Gedenk- und Erinnerungskultur zu den Zwangsaussiedlungen am Nationalen Naturmonument „Grünes Band“ in Sachsen-Anhalt und eine Andacht in der Kathedrale St. Sebastian.

Birgit Neumann-Becker (Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur) gab mit ihrem Vortrag einen Überblick über bereits bestehende und geplante Erinnerungsorte und Gedenktafeln zum ehemaligen Grenzregime in Sachsen-Anhalt und anhand besonders beeindruckender Denkmale auch exemplarisch für die Slowakei und Tschechien.

Weiterführend stellte Dr. Hauke Heidenreich (Historiker) den Landesheimatbund Sachsen-Anhalts und insbesondere das Projekt „Erinnerungskultur und Engagement am Grünen Band“ vor. Dieses Projekt hat die Intention, die dutzenden Vereine und Initiativen in Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Niedersachsen nicht nur in einem Online-Portal zu erfassen, sondern auch deren Kräfte zu bündeln.

Abschließend berichtete Christopher Raak über den aktuellen Stand des Online-Projektes „Orte der Repression in Sachsen-Anhalt 1945-1989“, das von jungen Leuten (FSJlern) betreut und fortführend ergänzt wird. Dabei werden mithilfe des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation die Geo-Daten, Informationen und Quellen in eine ansprechende Online-Karte eingepflegt. Die Orte der Repression beinhalten nicht nur Zwangsaussiedlungen, sondern auch Gefängnisse, Jugendwerkhöfe, Heime, Einrichtungen des Ministeriums für Staatssicherheit, Speziallager und Orte des Erinnerns und Gedenkens.

Interessierte haben die Möglichkeit, alle Beiträge der Tagung „Geraubte Heimat!“ auf dem YouTube-Kanal UOKGNews anzuschauen.



(v.l.n.r.): Dr. Wolfram von Scheliha (Referent der Landesbeauftragten von Sachsen-Anhalt), Gerd Schrimpf, Anneliese Fleischer, Prof. Adolf Ebel, Marie-Luise Busse

(Antje Zumdick und Sandra Czech/ UOKG)

# Der 17. Juni 1953 – Vorgeschichte und Bedeutung

Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges hat der 17. Juni 1953 eine komplexe Vorgeschichte. Wichtig ist, in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass der 17. Juni 1953 kein plötzliches und/oder singuläres Ereignis war: Die Deutschen hatten nach dem Ende der Naziherrschaft 1945 die Auswirkungen der jeweiligen alliierten Besatzungszonen erfahren. Hier die drei Westzonen – dort die Ostzone. Mit diesen Erfahrungen verbunden waren einschneidende Erlebnisse wie u.a. die West-Berlin-Blockade 1948/49 in Reaktion auf die Währungsunion in den Westzonen und die folgende Gründung beider deutscher Staaten im Jahr 1949. Während Adenauer seit Gründung der Bundesrepublik 1949 den Ausgleich mit Frankreich (Montanunion 1951) und eine generelle Westanbindung verfolgte, verfolgte die SED noch nach Gründung der DDR ihre Propaganda-Kampagne „Deutsche an einen Tisch“.

## Erfolgreiche Wiedervereinigungskampagne der SED-Führung

Ziel dieser Kampagne war die „deutsche Wiedervereinigung“ zu ihren Bedingungen oder zumindest die Anerkennung der DDR als eigenständigen Staat neben der Bundesrepublik. Ein Höhepunkt dieser Kampagne war eine Rede des DDR-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl am 31. Januar 1951 in der Volkskammer unter Teilnahme eines bedeutenden Veteranenkreises ehemaliger HJ-Führer aus Hamburg. Die DDR-Regierung scheute sich nicht, unter dem Vorwand des Ziels der „Wiedervereinigung“ auch ehemalige Nazis, die keine Kommunisten waren und werden wollten, in die Propaganda einzubeziehen und zu instrumentalisieren. Auf DDR-Seite initiierten und organisierten Erich Honecker (damals Chef der FDJ) und Margot Feist, die spätere Ehefrau Honeckers, diese verwegene Aktion. Als Vermittler betätigte sich der in West-Berlin sitzende Bischof von Berlin und Ratsvorsitzende der EKD nach 1945, Otto Dibelius, der als Anhänger der Adenauerpolitik bekannt und schon vor 1933 deutschnationaler und bekennender Antisemit war, der Hitlers „Machtergreifung“ feierte und einer der Hauptakteure des „Stuttgarter Bekenntnisses“ war. Adenauer ging letztlich zu keinem Zeitpunkt auf die Offerten aus Ost-Berlin ein.

Dem folgten 1951 die Weltfestspiele der Jugend in Ost-Berlin und die „Bitte“ der

DDR-Regierung an die Führung der Sowjetunion, mit den Westmächten über einen gemeinsamen Friedensvertrag zu verhandeln, der der DDR internationale staatliche Anerkennung verschaffen und damit die Forderungen der Westmächte nach demokratischen Wahlen in der DDR aushebeln sollte. Sieben Monate später im März 1952 bot Stalin den Westmächten die Aufnahme von Verhandlungen über die „Wiedervereinigung und Neutralisierung“ Deutschlands an (Stalin-Note). Auch dies scheiterte, wie bekannt ist.

## Volksaufstand als Folge vielfältiger Umbrüche

Besonders die Ostdeutschen spürten aber, dass sie erneut Spielball „höherer Mächte“ wurden, denen augenscheinlich nicht wirklich am „Wohl des Volkes“ lag, denen sie offenbar willkürlich ausgeliefert waren. Auch die Versorgungslage in der DDR war nach wie vor in weiten Teilen des Landes katastrophal (Abschaffung der Lebensmittelkarten in der DDR erst 1958, in der Bundesrepublik 1950), eine Folge der Reparationsleistungen der DDR an die Sowjetunion. Den Marshall-Plan der USA von 1948, der auch für Osteuropa gelten sollte, hatte die Sowjetunion abgelehnt und verhindert (Polen und die Tschechoslowakei wollten die Hilfe annehmen; in beiden Ländern folgten der kommunistische Umsturz und die Ausschaltung demokratischer Kräfte). International verschärfte sich das politische Klima im Kalten Krieg durch den Korea-Konflikt 1950, was sich unmittelbar auf die gezogenen Grenzen zwischen den beiden Blöcken in Europa auswirkte.

Ab 1952 wurde die innerdeutsche Grenze abgeriegelt, und die Zwangsausiedlungen an der innerdeutschen Grenze folgten. Auf dem Lande setzte die SED in einer ersten Welle die Zwangskollektivierung durch und eine Enteignungswelle von Klein- und Großunternehmern durchführte das Land. Die Wirtschaftsleistung sank angesichts der enorm angestiegenen Militärausgaben. Aufrüstungs- und Kriegsfolgekosten für die DDR beliefen sich 1952 auf 22% und 1953 auf über 18% des gesamten Staatshaushalts. Aber auch die Auflösung der alten Länder-Verwaltungsgrenzen 1952 und die Schaffung von 14 DDR-Bezirken trugen zur Unzufriedenheit in der Bevölkerung und zur weiteren Ausschaltung demo-

kratischer politischer Kräfte bei. 1953 sorgte die SED zudem für die Verfolgung zumeist junger Menschen, die Christen waren (dazu: Ellen Überschar: Junge Gemeinde im Konflikt. Evangelische Jugendarbeit in SBZ und DDR 1945–1961, Stuttgart 2003). Mit dem Tod von Stalin am 5. März 1953 entstand für kurze Zeit ein relatives Machtvakuum in der sowjetischen Führung. Die Regierung der DDR schien nun auf sich allein gestellt. Kurzum, es war sehr viel in Bewegung und der 17. Juni eine Folge der vielfältigen politischen, sozialen und kulturellen Umbrüche und Entwicklungen seit 1945 in der SBZ/DDR und in der Bundesrepublik.

Doch was genau war nun der 17. Juni 1953 und was geschah? Welche Forderungen wurden erhoben? War der 17. Juni

- einfach nur eine Reaktion auf die bisherigen Erfahrungen mit dem SED-Regime?
- erster antistalinistischer Aufstand?
- Arbeiteraufstand?
- Volksaufstand?
- oder „konterrevolutionärer Putschversuch“ bzw. „faschistischer Putsch“, wie die SED-Propaganda glauben machen wollte?

## Aufstand gegen politische Herrschaft der SED

Bei genauer Betrachtung war der 17. Juni 1953 alles andere als ein konterrevolutionärer bzw. faschistischer Putsch. Der Aufstand war ein Arbeiter- und Volksaufstand und der erste antistalinistische Aufstand im damaligen Ostblock überhaupt. Ihm folgten der Posener Aufstand in Polen 1956, der ungarische Volksaufstand 1956, der Prager Frühling 1968, 1970 der Arbeiteraufstand in Danzig, Gdingen und Stettin und die August-Streiks der polnischen Werft-Arbeiter 1980 und die Gründung der ersten freien Gewerkschaft im Ostblock, der Gewerkschaft Solidarność in Polen. Ausgelöst hatten den Aufstand am 16. Juni streikende Arbeiter in Ost-Berlin, so in Hennigsdorf, in der Stalinallee und auf der Baustelle des Krankenhauses Berlin-Friedrichshain.

Aus der ursprünglichen Forderung zur Rücknahme erneut erhöhter Arbeitsnormen wurden sehr schnell politische Forderungen, die das Ende des SED-Regimes bedeutet hätten. Forderungen waren:

- Zurücknahme der Normenregelung und Verbesserung des Lebensstandards
- Herstellung demokratischer Verhältnisse in den Betrieben
- Verzicht auf Repressalien gegen Streikende
- Freilassung sämtlicher politischer Gefangenen
- Verzicht auf Wiederbewaffnung und Auflösung der erst 1952 gegründeten Kasernierten Volkspolizei
- Rücktritt der Regierung Ulbricht
- freie, geheime und direkte Wahlen und freie politische Betätigungsmöglichkeiten in allen gesellschaftlichen Bereichen
- sofortige Abschaffung der Zonen-grenze und Wiederherstellung der Einheit Deutschlands

Der Arbeiter- bzw. Volksaufstand richtete sich also in seinen Ursprüngen gegen ökonomische und soziale Missstände, dann aber gegen die politische Herrschaft der SED selbst, die durch die Forderung nach Rücktritt der Regierung und freien Wahlen prinzipiell in Frage gestellt wurde. Schließlich stellte die Forderung nach freier Selbstbestimmung und Wiederherstellung der nationalen Einheit das sowjetische Hegemonialsystem grundsätzlich in Frage.

Die Verbreitung der Ereignisse verlief auf vielfältige Art, u.a. auch über den Rundfunksender RIAS-Berlin, und erfasste die ganze DDR. Am 17. Juni kam es dann zum Sturm in über 500 Orten in der DDR. Einige Veröffentlichungen sprechen von 700 Orten. Die genaue Anzahl ist aber nicht entscheidend vor dem Hintergrund, dass die ganze DDR von den Ereignissen erfasst wurde. Die Aufständischen besetzten elf Kreisratsgebäude, 14 Bürgermeistereien, sieben Kreis- und eine Bezirksleitung der SED. Weiterhin wurden neun Gefängnisse und zwei Dienstgebäude des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) sowie acht Polizeireviere, vier Volkspolizei-Kreisämter (VPKA) und eine Dienststelle der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei (BDVP) erstürmt. Mehr als doppelt so viele Einrichtungen wurden bedrängt, deren Besetzung jedoch nicht gelang.

In Reaktion auch auf die Heftigkeit des Aufstandes fuhren sowjetische Panzer auf und schlugen den DDR-weiten Aufstand nieder. Es gab zahlreiche Tote und Verletzte. Das Kriegsrecht wurde ausgerufen; ein interner sowjetischer Befehl lautete, mindestens acht mutmaßliche

„Rädelsführer“ standrechtlich zu verurteilen (Die Angaben über standrechtliche Opfer schwanken). Mit Verhängung des Ausnahmezustandes brach der Aufstand schnell zusammen, trotz einiger weniger nachfolgender Proteste in Industriebetrieben, wo Arbeiter als Rädelsführer festgenommen und verurteilt wurden. Mit Unruhen in der DDR hatte die sowjetische Regierung gerechnet, die Aufgabe der DDR oder des politischen Systems kam aber nicht in Frage (Gesetz über den „Neuen Kurs“ vom 11. Juni 1953 – Rücknahme der meisten politischen Forderungen der SED zum „planmäßigen Aufbau des Sozialismus“. Einzig die Normerhöhungen blieben). Viele auch am Rande Beteiligte flüchteten in die Bundesrepublik.

### Festhalten der Westmächte am Status quo

Und was machten die Westmächte? Die West-Alliierten hatten nicht eingegriffen, wie mancher gehofft hatte. Der Status quo hatte Bestand. Die durch den 17. Juni 1953 weiter anwachsenden Fluchtwellen aus der DDR in den Westen bis zum Mauerbau 1961 waren allerdings zugleich willkommenes Propagandainstrument gegen das SED-Regime. Durch Gesetz vom 4. August 1953 erklärte der Bundestag den 17. Juni zum „Tag der deutschen Einheit“ und gesetzlichen Feiertag. Dennoch behielt dieser Tag in der Bundesrepublik eher symbolischen Wert. Etliche Menschen sprachen und sprechen bis heute von einem Feiertag, der keiner war und ist, weil seine Bedeutung für die historische und politische Entwicklung Deutschlands und Europas weder erkannt noch ausreichend gewürdigt wurde und wird.

Seit dem 50. Jahrestag 2003 wird die Bedeutung des 17. Juni 1953 neu definiert, vor allem durch Historiker. Trotzdem spielt er in der Gedenkpolitik nur eine untergeordnete Rolle, weil Ereignisse wie die Friedliche Revolution 1989 und die deutsche Wiedervereinigung 1990 dieses historische Ereignis bei weitem überstrahlen. Das ist auch nicht verkehrt. Doch gerade deshalb sollte der 17. Juni 1953 nicht nur als singuläres historisches Ereignis wahrgenommen und gewürdigt werden, sondern vor allem in den historischen Kontext gestellt und eingeordnet werden, der die Entwicklung hin zum Scheitern des kommunistischen Systems insgesamt aufzeigt.

Dr. Henning Pietzsch



Gerbergasse 18, Heft 29

Die Geschichtswerkstatt veröffentlichte zum 60. Jahrestag des 17. Juni 1953 das Heft 29 (Ausgabe 2/2003) der „Gerbergasse 18“ mit dem Thema „17. Juni 1953 in Thüringen. Vorgeschichte, Ereignisse, Folgen“.

108 Seiten zu einem ermäßigten Preis: Einzelpreis: € 2,50 (inkl. Versand), Klassensatz (20 Exemplare): € 25 (inkl. Versand)

Bestellungen sind über das Kontaktformular der Geschichtswerkstatt möglich. Die Auslieferung erfolgt ab sofort unter: <http://www.geschichtswerkstatt-jena.de/index.php/projekte/zeitzeugenwerkstatt>

### Zeitzeugenwerkstatt der Geschichtswerkstatt Jena

Die Zeitzeugenwerkstatt ist ein eigenständiges und langfristiges Projektvorhaben der Geschichtswerkstatt Jena seit 2009, das Zeitzeugenerinnerungen in Gesprächsform dokumentiert, archiviert und veröffentlicht, also auch einer breiten Öffentlichkeit zugänglich macht. Etwa zur Friedlichen Revolution 1989, der deutsch-deutschen Teilung seit 1961, der Wiedervereinigung 1990, zum Alltag in der SED-Diktatur oder dem Volksaufstand am 17. Juni 1953.

DVD „Der 17. Juni 1953 in Jena. Skizzen eines Aufstandes“ (2014, komplett), Sendezeit: 1:03:30  
[https://www.youtube.com/watch?v=\\_qkWuOYGHil](https://www.youtube.com/watch?v=_qkWuOYGHil)

# Der Krieg in der Ukraine – eine Zeitenwende?

„Der Westen“ sollte sich nichts vormachen. Die Staaten des westlichen Bündnisses, EU- und NATO-Staaten, befinden sich in einem historischen Dilemma und militärisch in der Defensive. In geradezu allen Bereichen versagten die politischen und ökonomischen Strategien des Westens nach dem Zerfall der Sowjetunion zur „Einbindung“ Russlands in ein vom Westen dominiertes „Sicherheitssystem“. Die geostrategische Traumatisierung Russlands bleibt offene Wunde im Kalkül Putins und überdauert als historisches Narrativ die Gegenwart. Das vermutlich eigentliche Ziel Putins, die Wiederherstellung der Mechanismen des Kalten Krieges mit „anderen“ Mitteln, hat er bereits erreicht, unabhängig davon, wie die militärische Lage in der Ukraine ist und zukünftig sein wird. Die neue Demarkationslinie der Gegenwart ist jene der Vergangenheit. Wie weit diese Linie den historischen Grenzen im neunzehnten oder zwanzigsten Jahrhundert folgen wird, entscheidet sich gerade auf dem Schlachtfeld.

## Die Jahrhundertfalle

Putin stellt mit seinem Krieg gegen den Westen und stellvertretend gegen die Ukraine die „Weltordnung“ des zwanzigsten Jahrhunderts, so wie er sie versteht, nur wieder her, bipolar. Der Westen erkennt sein Dilemma und reagiert ebenfalls anachronistisch mit den Mitteln des zwanzigsten Jahrhunderts: Stellvertreterkrieg, politische Isolation, ökonomische Sanktionen und ein angestrebter Regimewechsel. Die eigentliche Gefahr hinter der bipolaren Auseinandersetzung aber bleibt im Verborgenen oder wird ignoriert: China. Es geht dabei um „die“ Systemfrage, um die Kontrolle der politischen wie ökonomischen Macht von Gesellschaften. Wir

Menschen waren und sind dabei das Mittel zum Zweck, mal mehr, mal weniger gelitten. Das Individuum, die soziale Gruppe, die Gesellschaft, das alles bleibt vor diesem Hintergrund intellektuelle und politische Konstruktion. Der „Zeitenwechsel“, wie er aktuell politisch im Westen postuliert wird, stellt klar, dass die Jahrhundertfalle des Zwanzigsten Jahrhunderts zur erneuten Jahrhundertaufgabe wird.

## Aus der höchsten Freiheit in die tiefste Knechtschaft

Platons Einsichten in die vielgestaltigen Formen eines Staates ließen ihn, verkürzt gesagt, zu der Erkenntnis kommen, dass die Demokratie (gemeint war die Attische Demokratie des 3. Jahrhunderts v.Ch.) ob ihrer Schwächen im „Zerreden“ und in ihrer „Unschlüssigkeit“ nicht überlebensfähig sei. Sie stürze von der höchsten Freiheit in die tiefste Knechtschaft. Historische Erfahrungen und ihre Transformation verschlingen Jahrhunderte. Altes Unrecht, aufgegriffen in Mythen und identitätsstiftenden Aus- und Abgrenzungsprozessen, legitimiert immer wieder neues Unrecht. Es reproduziert menschliches Leid wie in einer Matrix. Nicht alle Opfer sind dabei gleich.

Ökonomisch werden Russland und der Westen vorerst überleben, so unterschiedlich sie auch sind und handeln, und, so lange es China gefällt. Russland und der Westen bleiben in grundlegenden Vorstellungen und historischen Anleihen getrennt, und doch sind sie untrennbar im historischen Raum miteinander vereint. Insbesondere Russland und Deutschland bleiben Antipoden. Zar Peter I. der Große und Zarin Katharina II. die Große, hier der „Reformer und Modernisierer“, dort die „Aufklärerin

und Eroberin“, sie beide spiegeln bis heute diese historisch verwobene Dimension gemeinsamer Geschichte wider.

## Die Zukunft

Zukünftige Generationen werden in einer tripolaren Welt leben. Die one-world-vision der westlichen Thinktanks und politischen Anführer rückt in weite Ferne, vorerst. Die politischen Entscheider der letzten Jahrzehnte, besonders im westlichen Bündnis, wollten trotz eindeutiger Signale die geostrategische Konkurrenz mit Russland nicht wahr haben. Sie träumten und träumen bis zur Schmerzgrenze von global trade, von einer Welt unter kapitalistischen Bedingungen mit sozialistischem Antlitz. Die Vorstellung, der vom Markt gesteuerte Kapitalismus wird autoritäre und diktatorische Herrschaftsmodelle durch ökonomische Entfaltung quasi wie von selbst aushebeln, musste scheitern und war schlicht falsch. Das Beharren auf dieser Weltsicht zeugte und zeugt von historischer Unkenntnis, und einem fehlgeleiteten historischen Verständnis davon, wie Welt ist und nie war: Die Gegenwart teilt sich in Zukunft noch eindringlicher in die drei großen dominierenden politischen Weltsysteme: die heterogene demokratische Welt, die von Autokraten oder Clans beherrschte Staatenwelt und in die Welt mittelmäßiger und zugleich gefährlicher Diktatoren. Um diese gesellschaftlichen Konstruktionen zu überwinden, wie es die kommunistische Theorie als kausale historische Notwendigkeit zu begründen suchte, würde es eines neuen Weltbrandes, einer Weltrevolution bedürfen. Wir Menschen sind Täter und bleiben Opfer.

Dr. Henning Pietzsch

## Veranstaltungsreihe „Zukunftswerkstatt Einheit. Hoffnungen – Veränderungen – Perspektiven“

Die Veranstaltungsreihe, die in Kooperation der Deutschen Gesellschaft e.V. und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur stattfindet, ermöglicht nach über drei Jahrzehnten eine intensive Beschäftigung mit den Ereignissen und Folgen des Transformationsprozesses seit den 1990er-Jahren. Wir würden uns über Ihr Interesse an der Live-Übertragung ab dem 03.05.2022 und allen folgenden Veranstaltungen freuen.

Nähere Informationen zur Veranstaltung „Vereint versorgt. Das gesamtdeutsche Gesundheitssystem seit 1989/90“ finden Sie hier: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/veranstaltungen/vereint-versorgt-das-gesamtdeutsche-gesundheitssystem-seit-198990>

Nähere Informationen zur Veranstaltungsreihe „Zukunftswerkstatt Einheit. Hoffnungen – Veränderungen – Perspektiven“ finden Sie hier: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/veranstaltungen/zukunftswerkstatt-einheit>

Sie können sich an der Veranstaltung mit Ihren Fragen über den YouTube-Chat oder per E-Mail ([zukunftswerkstatt@deutsche-gesellschaft-ev.de](mailto:zukunftswerkstatt@deutsche-gesellschaft-ev.de)) beteiligen. Diese werden dann der Moderatorin vorgelegt. Mit Ihrer Teilnahme erklären Sie sich mit der audiovisuellen Dokumentation und Verbreitung der Veranstaltung u. a. im Internet unwiderruflich einverstanden.

# Nachruf: Sächsische Landesbeauftragte würdigt Historiker Manfred Wilke



Prof. Dr. Manfred Wilke war bis zu seiner Pensionierung Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat an der FU Berlin und danach Projektleiter beim Institut für Zeitgeschichte München.

Am 22. April 2022 verstarb der Soziologe und Zeithistoriker Manfred Wilke im Alter von 81 Jahren. Wilke galt als einer der Köpfe der deutschen Kommunismusforschung. Doch beschäftigte er sich nicht nur als Forscher mit der Geschichte des Realsozialismus, sondern auch als aktiver Unterstützer osteuropäischer Dissidenten. Gemeinsam mit Hannes Schwenger und

Otto Schily gründete er aus Anlass der Biermann-Ausbürgerung 1976 in West-Berlin das Schutzkomitee Freiheit und Sozialismus.

Es war die erste linke Organisation im gewerkschaftlichen Milieu, die sich nach der Verhaftung ostdeutscher Künstler und Arbeiter für ihre Freilassung einsetzte. Sein

Engagement für Jürgen Fuchs, Wolf Biermann und Robert Havemann war für die Opposition im Osten wichtig, weil nun im Westen darüber gesprochen wurde und er jenen Dissidenten, die die SED mundtot machen wollte, eine Stimme gab. So waren durch Manfred Wilke Tonbandaufnahmen von Robert Havemann im Westradio zu hören.

Manfred Wilke betrachtete die DDR nicht im Kleinen, sondern immer in einem mittel- und osteuropäischen Zusammenhang. Dies betraf die Einbettung ihres Herrschaftsapparates in den sowjetischen Machtbereich wie auch die dissidentischen Netzwerke.

Nach dem Mauerfall setzte sich Manfred Wilke im universitären Bereich intensiv für eine schonungslose und nachhaltige Aufarbeitung der DDR ein. Er war Mitbegründer des „Forschungsverbundes SED-Staat“ und von 1996 bis 2006 dessen Leiter. Manfred Wilke legte zahlreiche einschlägige Publikationen vor. Neben seiner wissenschaftlichen Arbeit engagierte er sich wissenschaftspolitisch. Er wirkte u. a. in der Enquete-Kommission „Aufarbeitung

von Geschichte und Folgen der SED -Diktatur“ und im Beirat des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen mit.

„Ich selbst lernte Manfred Wilke in verschiedenen Gremien kennen. Er war eng mit Sachsen verbunden und betonte dies stets. Immer wieder erinnerte er an die Bedeutung zentraler Verfolgungsorte wie Bautzen und Hoheneck und würdigte den Widerstand der Leipziger. Manfred Wilke widmete sich mit Herzblut und in anregendem Streit den großen Zusammenhängen. Auch wenn sein Sehvermögen nicht mehr das beste war, behielt er bis zum Schluss einen trennscharfen Durchblick. In den letzten Jahren bewegte ihn zunehmend die Frage, wie es gelingen kann, das akkumulierte Wissen und die Erfahrung der Zeitzeugen an nächste Generationen weiterzugeben. Ich hoffe, dass sein Wirken in neuen Forschungsarbeiten und Debatten weiterleben wird. Manfred Wilke wird uns fehlen“, meint die Sächsische Landesbeauftragte Dr. Nancy Aris.

Dr. Nancy Aris,  
Sächsische Landesbeauftragte zur  
Aufarbeitung der SED-Diktatur

## Stiftung Berliner Mauer trauert um Professor Dr. Manfred Wilke

Die Stiftung Berliner Mauer trauert um ihr langjähriges Beiratsmitglied Professor Dr. Manfred Wilke, der am 22. April im Alter von 80 Jahren im Kreise seiner Familie nach längerer Krankheit verstarb.

Manfred Wilke gehörte bereits dem Gründungsbeirat der Stiftung Berliner Mauer seit 2009 an. Gerade in den ersten Jahren prägte er die Entwicklung der Gedenkstätte und der Stiftung Berliner Mauer wesentlich mit und war bis Ende 2020 Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Stiftung. Viele Jahre war er zudem stellvertretendes Mitglied im Stiftungsrat. Die Stiftung verliert mit Manfred Wilke eine wichtige wissenschaftliche Stütze, einen stets kritischen Berater und regelmäßigen Gast auf dem Podium, wo er immer wieder als brillianter Redner und ebenso engagierter wie streitbarer, stets um die Sache ringender, Diskutant gefragt war.

Einen Großteil seines wissenschaftlichen Tuns widmete er der Geschichte der deutschen Teilung und der Aufarbeitung des SED-Unrechts. Schon sehr früh hatte er sich in seiner wissenschaftlichen Arbeit mit dem Kommunismus auseinandergesetzt, insbesondere mit der Westarbeit der SED. In diesem Zusammenhang hielt er, in jungen Jahren an der Seite u.a. von Rudi Dutschke selbst ein politischer Aktivist der Linken, schon in den siebziger Jahren intensive Kontakte zur Opposition in der DDR und im östlichen Mitteleuropa. Im Zuge seiner wissenschaftlichen Arbeit und durch persönliche Kontakte zu ostdeutschen und mittelosteuropäischen Oppositionellen, darunter Jan Pauer, Robert Havemann, Jürgen Fuchs und Wolf Biermann, verstärkte sich sein politisches Engagement für Dissidenten in der DDR, in der Tschechoslowakei und in Polen. Vor dem Hintergrund der Biermann-Ausbürgerung 1976 und der Verhaftung des

DDR-Schriftstellers Jürgen Fuchs gründete Wilke gemeinsam mit Hannes Schwenger, Otto Schily u.a. das „Schutzkomitee Freiheit und Sozialismus“, das sich für die Verhafteten und deren Freilassung einsetzte. Viele der Ausgereisten und Ausgebürgerten nahmen zunächst auf dem Sofa der Familie Wilke Quartier, nachdem sie die DDR verlassen hatten. Da schien es selbstverständlich, dass die CDU, deren Mitglied er 1998 wurde, Wilke in die Gremien entsandte, die sich um die Aufarbeitung der DDR-Geschichte kümmern sollten. 1992 war er Mitbegründer des „Forschungsverbundes SED-Staat“ an der Freien Universität Berlin, der mit der selbstformulierten Aufgabe antrat, „die äußeren und inneren Voraussetzungen der vierzigjährigen Existenz einer zweiten deutschen Diktatur“ zu untersuchen. Bis 2006 war er gemeinsam mit Klaus Schröder dessen Leiter.

Parallel dazu gehörte Manfred Wilke beiden Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestags zur Aufarbeitung des SED-Unrechtes an und hat dort mit seiner

robusten Diskussionskultur Marksteine gesetzt. Sein grenzenloses Engagement gegen jede Form antidemokratischen Denkens setzte er neben zahllosen Podiumsteilnahmen und Vortragsverpflichtungen auch in zahlreichen Gremien von Institutionen der DDR-Aufarbeitung fort, u.a. in der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, der Gedenkstätte Bautzen und später in der Stiftung Berliner Mauer, deren Institutionalisierung und Gedeihen ihm besonderes Anliegen war. Seine unzähligen Telefonate, in denen einzelne Themen vertieft wurden, sind legendär. Das Leid der Opfer und die Vermittlung von deren Lebensschicksalen in die breite Öffentlichkeit waren ihm

stets Antriebsfeder und Kompass. Dabei gehörte er zu jenen Protagonisten der DDR-Aufarbeitung, die immer auf eine angemessene Gewichtung zur Erinnerung an die NS-Diktatur achteten. Und es war ihm zentrales Anliegen, die internationale Dimension des Systemkonfliktes zu reflektieren und als gestaltgebend zu beschreiben. Dieses „internationale Narrativ“ wird wohl am deutlichsten und umfänglichsten in seinem 2011 erschienenen, von der Stiftung Berliner Mauer herausgegebenen, rund 400 Seiten starken Werk „Der Weg zur Mauer. Stationen der Teilungsgeschichte“ verfolgt.

Manfred Wilkes kritischer Geist, seine zahllosen konstruktiven wie anregenden

Interventionen, aber auch seine persönliche Verbundenheit mit der Institution und ihren Mitarbeitenden werden der Stiftung Berliner Mauer sehr fehlen. Dankbar blicken wir auf die Zeit mit diesem außergewöhnlichen Menschen, Kollegen und Freund zurück. Unsere Gedanken sind bei seiner Familie.

Prof. Dr. Axel Klausmeier, Direktor  
Stiftung Berliner Mauer

### Der BSV gratuliert seinen Mitgliedern, die im Mai und Juni Geburtstag haben

Bernd Gutermuth und Wolfgang Stieber am 22. Mai, Christa Matuszewsky am 28. Mai, Margrit Schulze am 3. Juni, Ursula Geipel am 6. Juni, Hans Walter am 19. Juni, Bernhard Cofalla am 20. Juni, Helmut Schröder, Klaus-Peter Weiß am 22. Juni, Hans-Joachim Bochow am 23. Juni, Ingeborg Schlünz am 26. Juni, Angelika Rösch am 27. Juni, Walter Schulze am 29. Juni

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

## Der eigenartige Genosse Enrico Berlinguer

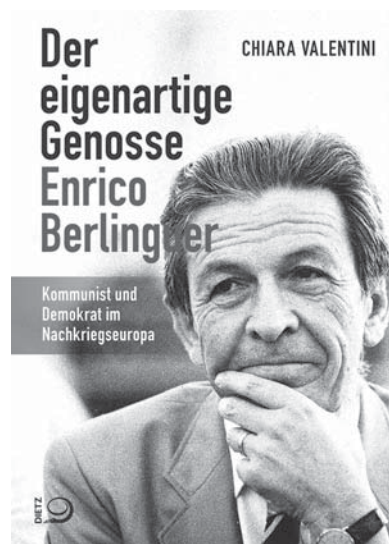
### Kommunist und Demokrat im Nachkriegseuropa

Enrico Berlinguer ist eine Schlüsselfigur der politischen Geschichte Italiens. Am 25. Mai dieses Jahres wäre er 100 Jahre alt geworden. Von 1972 bis 1984 war er Generalsekretär der Kommunistischen Partei Italiens, der größten in einem westlichen Land. Er gilt als Vater des »Eurokommunismus«. Wie kam es, dass Berlinguer diese neue Konzeption eines demokratischen Kommunismus entwickelte und damit neue Wege ging? Worin liegt Berlinguers Bedeutung heute?

Die italienische Journalistin und Schriftstellerin Chiara Valentini zeichnet dazu dicht und fesselnd ein umfassendes, gut dokumentiertes Porträt. Sie berichtet über bislang unbekanntere menschliche und politische Dimensionen und beschreibt die Ideen, Leidenschaften, Fehler und Erfolge dieses großen Europäers. Im Zentrum seiner Idee des Eurokommunismus standen die Themen Demokratie als universeller Wert, Unabhängigkeit von Moskau, Eintreten für die europäische Einigung, Einsatz für den Weltfrieden und die damalige »Dritte Welt«, Betonung der »moralischen Frage« in der Politik bis hin zu dem Versuch, gegensätzliche Welten zu integrieren, insbesondere im Zuge des angestrebten »historischen Kompromisses« zwischen Kommunisten und christdemokratischen Katholiken.

»Valentini erzählt die faszinierende Geschichte eines aristokratischen Kommunisten und charismatischen Demokraten, dem die Belange seines Volkes immer

wichtiger waren als parteiische Egoismen und Arithmetik. Als Berlinguer bei einer öffentlichen Kundgebung 1984 am Rednerpult zusammensackte und wenige Tage später starb, folgten zwei Millionen Italiener seinem Sarg. Die KPI gibt es nicht mehr, aber der Mythos dieses vornehmen, leise auftretenden, sympathischen Mannes ist immer noch ungebrochen.« Birgit M. Kraatz, Italien-Korrespondentin des SPIEGEL von 1980–1990.



Chiara Valentini: *Der eigenartige Genosse Enrico Berlinguer - Kommunist und Demokrat im Nachkriegseuropa*, Aus dem Italienischen übersetzt von Klaus Pumberger, Cristiana Dondi und Andrea Bertazoni, Klappenbroschur, 480 Seiten, ISBN 978-3-8012-0628-4

### UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin  
Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin  
Di, Mi, Fr, 10–12 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 53  
E-Mail kegel@uokg.de

Cornelia Kurtz  
(Thema DDR-Zwangsadoption)  
Mo, Do, Fr, 11–15 Uhr  
Tel. (030) 55 77 93 54  
E-Mail kurz@uokg.de

Beratungstermine nur nach telefonischer Absprache.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

### Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin  
Tel. (030) 55 15 28 58  
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin  
Di, Do, 11–17 Uhr, Fr. nach Vereinbarung

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

## Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet oder ihn abonniert haben

Michael Teltz, Heidemarie Mellenthin, R.&H. Gutmann, Dieter Starke, Ulrich Reiser, Manfred Isikli, Günter Schumacher, Erich Lienhart, Karl Wruck, Dr. Henning Pietzsch, Jürgen und Anita Wenzel, Hildemar und Traude Hentsche, Waltraut Börner, Alexander und Sandra Heise, Käthe Jahn, Dr. Lutz Wedekind, Waltraut Kindermann, Dr. Ursula Zimmermann, Ulf und Sylvia Hutengs, Uwe Behne, Klaus Fischer, Dr. Heinz Steudel, Dr. Eberhard und Ursula Kempf, Fritz und Regina Lessmüller, Herbert Prenzel, Horst Böttge, Volkmar und Sigrid Doberentz, Peter Menzel, Gerd Ahnert, Eduard und Monika Finge, Erik Hoffmann, Philipp Thilo Mützel, Ernst Eberhard Horstmann, Peter Leng, Kurt und Brigitta Pick

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein  
Konto-Nr. 665 52 45 01  
BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG  
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01  
BIC: DEUT DED B110

Verwendungszweck:  
„Stacheldraht-Spende“

### Das Zitat

„Die Menschen arbeiten den größten Teil ihrer Zeit, um zu leben, und das bisschen, das ihnen an Freiheit übrigbleibt, ängstigt sie so sehr, dass sie alle Mittel anwenden, es loszuwerden.“

Zitat aus Goethes „Werther“

**BSV-Förderverein für Beratungen**  
(ehemals Bund der Stalinistisch Verfolgten)  
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1  
10365 Berlin

Vorsitzender: Ekkehard Schultz  
Sprechzeiten s. S. 19  
Telefon (030) 55 15 28 58  
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de  
Konto: BSV-Förderverein für Beratungen  
IBAN: DE85 1007 0848 0665 5245 00  
BIC: DEUT DED B110

**Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)**

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax -40  
Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski  
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19  
Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin  
Internet: www.uokg.de  
E-Mail: Info@uokg.de  
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,  
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24  
IBAN: DE79 1007 0024 0734 2728 00  
BIC: DEUTDE33HAN

## Impressum DER STACHELDRAHT

**Herausgegeben** von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

**Redaktion:** Dr. Henning Pietzsch, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin,  
Tel. (030) 26 55 71 20 (die telefonische Erreichbarkeit der Redaktion ist eingeschränkt)  
E-Mail: der-stacheldraht@uokg.de

Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG,  
IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110



Die Beauftragte der Bundesregierung  
für Kultur und Medien



Gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung  
für Kultur und Medien

**Herstellung:** Satzherstellung Neymanns, Föttingerzeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24,  
E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,- Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wider. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnstiftende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluss Ausgabe 4/22: 13. Mai

Redaktionsschluss Ausgabe 5/22: 17. Juni

Der Stacheldraht: ISSN 2748-4041 (Print), 2751-0182 (Online)